

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M., Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— M., Reklame-Kolonelle 10.— M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

General Maercker am Zeugentisch.

Offizierseid und Unteroffizierseid.

Leipzig, 12. Dezember.

Drei Mante der Reichsmarine machten den Beschluss des heutigen Zeugenreigen im Reichsgerichtsprozess gegen Jagow und Konforten. Drei Unteroffiziere, die sich am 13. März 1921 als einzige Mitglieder der Ehrhardtbrigade geweigert haben, den Rapp-Putsch mitzumachen. Sie stehen an ihrem Soldatenwort und Verfassungseid nicht drehen und deuteln, so sehr sich auch ein Teil der Sophisten in die Schule gegangener Kapitänleutnant v. Köhler bemüht hat, ihren einfachen Rechts- und Ehrbegriff zu verzerren, ihnen den Eid, weil er nicht unter Anrufung Gottes und Zweifingerhochhebung geleistet sei, als unverbindlich hinzustellen und sie bei ihrem Kameradschaftsgefühl zu paden. Dieser Herr hatte den beneidenswerten Mut, als Zeuge dem Gericht zu sagen, daß er die Gründe der drei Aufrechten nicht verstanden habe. Der famose Kapitänleutnant v. Trotha, der es nie für nötig fand, die Vereinbarkeit der Befehle seines Kommandeurs mit seinem Verfassungseid zu prüfen, hatte bekanntlich auch kein Verständnis für die Handlung der drei und stellte sie gewissermaßen als Dummköpfe hin. Offiziersgeist! Gewisse Reklutensleuchten der Vergangenheit könnten Freude an diesen Jüngern haben.

Die Herren Generale v. Hülsen und v. Oden waren nicht so heikel und dem Deuteln und Drehen nicht so abgeneigt, wie die drei tief unter ihnen stehenden Unteroffiziere. Sie fanden es mit ihrem Verfassungseid anscheinend ganz verträglich, sich den neuen Machthabern zu unterstellen. Der „Streit zwischen der alten und der neuen Regierung“, dieser „häusliche“ Streit, wie sich Herr v. Hülsen neckisch ausdrücken ließe, diese partischen, politischen Dinge, was gingen die die Herren Generale, was gingen die die Armee überhaupt an? Das mochten die Politiker untereinander ausmachen. Daß dies Beiseitegehen eine direkte Unterthung der Meuterer, ein Bruch des Eides war, der sie zum Schutz der Verfassung verpflichtete, das kam den hohen Herren wohl nicht zum Bewußtsein! Die Herren Generale hatten ganz andere Aufgaben, mußten verhüten, daß Soldaten auf meuternde Truppen schossen, alldieweil diese Meuterer doch gegen den bräunlichen Spartakismus gebraucht werden mußten. Auf Spartakisten, ja, da hätte Herr v. Hülsen bereitwillig schießen lassen, wie er im Reichstag den Parteiführern ausdrücklich erklärt hat, und die Feststellung, wer Spartakist sei, hätte ihm wohl wenig Kopfschmerzen bereitet. Alle Arbeiter, die sich erlauben hätten, gegen die kappistischen Hochverräter Gewalt anzuwenden, hätte er eben in den Spartakistentopf geworfen. Ganz unbesorgt darum, ob diese Arbeiter des Willens waren, die Reichsverfassung als eine gegebene Tatsache anzuerkennen und sich lediglich mit der Verjagung der Kappbande zu begnügen. Das ist so die Generalsauffassung in der deutschen Republik, und wir sehen wohl nicht zu schwarz, wenn wir annehmen, daß auch jetzt noch nach den wenigen Verabschiedungen, die dem Rapp-Putsch gefolgt sind, diese Auffassung von Eidespflicht, von Spartakismus usw. noch in Reichswehr-offizierskreisen nicht gerade schwach vertreten ist.

Der „starke Zustand“ hat durch die Aussage des Majors Bod eine kleine Lektion über die Möglichkeiten in seinem ehemaligen Machtbereich bekommen. Was Noske bei seiner Vernehmung als unmöglich und unglaublich bezeichnete, daß nämlich sein Alarmbefehl an die ausländischen Döberitzer weitergegeben worden sei, ist Tatsache, und er hat nun die Wahl zwischen den beiden verschiedenen Annahmen, daß Dummheit bzw. grobe Fahrlässigkeit oder Berechnung die Weiterleitung nach Döberitz bestimmt hat. Das letztere ist wahrscheinlicher; „verfassungstreue“ Offiziere des Gruppenkommandos A I werden wohl Wert darauf gelegt haben, die Kameraden in Döberitz zu informieren. Sie wagten, dem „starken Zustand“ ein wenig auf der Nase herumzutanzten, weil sie sich im Notfall ja auf das Schema F hätten hinausreden können, wonach Döberitz zu den in der Umgebung Berlins gelegenen Garnisonen gehört, an die der Alarmbefehl ergehen sollte. Zum Nachdenken waren sie ja wohl nicht verpflichtet.

Der Chef der Kappischen Reichskanzlei, der Unterstaatssekretär von Falkenhäuser, hat sich gleich dem Dr. Bang lebhaft bemüht, die Angeklagten herauszureißen durch die Behauptung, daß ein wahlvorbereiteter Plan für den Putsch nicht bestanden habe, oder daß mindestens Kapp selbst seine engeren Freunde, wozu er auch die drei Angeklagten rechnet, nicht darin eingeweiht habe. Er verwickelte sich jedoch in arge Widersprüche, die seinen Schützlingen und der Verteidigung gewiß keine Freude, dafür aber dem übrigen Auditorium um so mehr Amüsement bereitet haben.

Herr Reichsjustizminister a. D. Schiffer wußte einige interessante Mitteilungen über die Umgangsformen der Kappisten zu machen. Herr v. Jagow würde jetzt sicherlich etwas dazu geben, wenn er am 13. März 1920 den verächtlichen Zwischenruf und die

wegwerfende Handbewegung wider das Recht des 8. November nicht gemacht hätte. Ob Herr Schiffer mit den Kappisten verhandelt oder ob er sich bloß mit ihnen ausgesprochen hat und ob er ihnen eine Amnestie versprochen hat, das mag dahingestellt bleiben. Immerhin ist anzuerkennen, daß Schiffer die Darstellung Herzgs nicht übel pariert hat. Pikant ist seine Mitteilung, daß Ehrhardt sich für seine Person eine Amnestie entschieden verbeten hat. Der Tapfere hat vor einiger Zeit bittere Klage über die wortbrüchige Regierung erhoben, weil die Amnestie für alle Kappisten nicht gekommen sei.

Weshalb übrigens der General v. Oden nicht in Untersuchung gezogen wurde wie sein Kamerad Hülsen, obgleich er doch genau daselbe wie dieser getan hat, das mögen die Götter wissen. Hülsen ist durch die Amnestie als angeblicher Nichtführer schließlich losgekommen. Aber er durfte jetzt nicht verurteilt werden, während v. Oden schwören durfte. Gewöhnlichen Sterblichen ist es wohl nicht gegeben, die dunklen unerforschlichen Wege der deutschen Justiz zu enträtseln.

Der „verfassungstreue“ Maercker.

Die Reihe der „verfassungstreuen Offiziere“, der sonderbaren Schlichter der Republik, wurde heute von dem General Maercker, dem bekannten Sieger von Leipzig, würdig ergänzt. Herr Maercker ist auch einer von denen, die damals „abwarteten“ und „vermittelten“ — die die Eidespflicht zur Verteidigung der Verfassung als eine Nebenläufigkeit betrachteten; die hinter der Rückficht auf den angeblich bevorstehenden Kampf gegen die „vereinigten Unabhängigen und Kommunisten“ zurückzusehen mußten. Herrn Maercker waren Pläne auf Umsturz der Regierung sehr langem nicht fremd und er hat sie sehr ruhig erörtert. Eine Aufforderung des Obersten Bauer im Juni 1919, die Nationalversammlung zu sprengen, hat er abgelehnt, weil ihm „die Sache aussichtslos“ erschien, also nicht etwa aus moralischen Bedenken. Er hat den Mann, der ihn zum Treubruch verleiten wollte, nicht etwa der Regierung zur Anschuldigung überliefert, sondern ihn ruhig weiter wirken lassen. Er hat auch mit Lüttich damals sehr gleichmütig die Frage erörtert, was man tun müsse, wenn mal eine „Regierungsänderung“ von rechts käme, und hat empfohlen, für solchen Fall Herrn Rapp, der schon als Reichskanzler für solchen Fall benannt war und den er für unfähig hielt, aus dem Spiele zu lassen.

Am 13. März, der ihn trotz dieser Erfahrungen überraschte hat er sich in vorsichtiger beschränkter Weise Lüttich unterstellt. Er wollte alle Befehle des Herrn ausführen, soweit sie die Wahrung von Ruhe und Ordnung bezweckten. Er rechtfertigte das damit, daß zur Verhütung des Kampfes zwischen den Truppen die ja für den Kampf gegen die rabidale Arbeiterschaft intact bleiben mußten, einer kommandieren mußte. Und das konnte eben nur Lüttich sein, denn Noske hatte ja nicht einmal ein Bureau. (1) Der Zeuge schildert dann seine berühmte Vermittlungssaktion.

Das Eisenbahnfinanzgesetz.

Berlin, 12. Dezember. Wie die *TL* erzählt, unterliegt das Eisenbahnfinanzgesetz, das bereits fertiggestellt ist, augenblicklich der Beratung innerhalb des Kabinetts. In Einzeltrugen bestehen noch Unstimmigkeiten zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister. Das Gesetz sieht einen Ausgleichsfonds der Reichseisenbahnen vor, der vor allem dazu dienen soll, den Schwankungen der Konjunktur zu begegnen. Der Reichsverkehrsminister hofft, nach einem Zeitraum von etwa drei Jahren in der Lage zu sein, mit Hilfe dieses Fonds eventuell eine Herabsetzung der Tarife vorzunehmen. Der Finanzminister dagegen ist der Ansicht, daß nach diesem Zeitraum die Überschüsse des Ausgleichsfonds zur Deckung der Reichslasten mit herangezogen werden müssen.

Voucheur über die Aussichten eines Moratoriums.

Haag, 13. Dezember. (*TL*) Voucheur hat einem Vertreter des Nieuwen Rotterdamischen Courant seine Zufriedenheit über seine Londoner Bepflegungen ausgedrückt. Die Engländer sollen jeden Gedanken an ein Moratorium ausgegeben und eine große Kombination vorgezogen haben mit dem Ziel, ihre 22 Prozent zu opfern. Wenn die Kombination ihr Ziel erreicht, so würde Deutschland nur mit Frankreich und Belgien zu schaffen haben.

Der Nachfolger v. Neuraths.

Berlin, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) An Stelle des Freiherrn v. Neurath, der nach Rom geht, wird der deutsche Gesandte in Wien, v. Rosenberger, für den Gesandtenposten in Kopenhagen ausersehen werden.

Geschichtsperspektiven.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat vor wenigen Tagen in Wien ihren diesjährigen Parteitag abgehalten, der mit Recht als ein Parteitag der Klärung bezeichnet wurde. Unter anderem hat man sich eingehend mit dem Problem der internationalen Zusammenfassung des Proletariats beschäftigt, zu dem der Sekretär der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien referierte. Genosse Adler war bemüht, das Problem ebenso umfassend wie tiefgehend zur Darstellung zu bringen. Er sagt zu der Problemstellung selbst:

„Den Gegensatz, um den es sich da handelt, könnte man wohl dahin formulieren, daß sich die zweite Internationale immer mehr und mehr zu einer Internationale der sozialen Reform herausgebildet hat, während sich die Dritte klar und deutlich, wie es in allen ihren Resolutionen und Thesen ausgedrückt ist, bewußt auf eine Internationale der sozialen Revolution beschränken will. Dadurch tritt nun die Funktion unserer Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien deutlich hervor. In dem historischen Moment, in dem wir uns befinden, in dem wir einerseits nicht wissen können, wie lange sich der Kapitalismus noch erhält, andererseits aber mit den Möglichkeiten auch eines Zusammenbruchs in sehr absehbarer Zeit rechnen müssen, in einer solchen Epoche sollen wir uns in unsern organisatorischen Vorbereitungen weber auf die soziale Reform noch auf die soziale Revolution beschränken, wir müssen uns eine internationale Organisation schaffen, die beiden Centralitäten gewachsen ist, die das Proletariat zu den letzten großen Kämpfen mit dem kapitalistischen System organisiert, die andererseits aber auch das Proletariat bereithält, wenn der Kapitalismus seine Herrschaft noch Jahre und Jahre behauptet, um in diesen Jahren den täglichen Kampf des Proletariats zu führen. Und das ist der Grundgedanke, der unserer Arbeitsgemeinschaft zugrunde liegt, daß wir uns nicht auf das eine oder das andere beschränken, sondern daß wir nach organisatorischen Formen suchen, die allen Aufgaben des Proletariats gerecht zu werden geeignet sind.“

Friedrich Adler sagt mit dieser Problemstellung nichts neues, sondern bekundet damit nur die rein marxistische Auffassung von dem Wesen des proletarischen Befreiungskampfes, der nicht nur rein reformistischer, aber ebensowenig rein revolutionärer Natur sein kann, sondern der naturunwendig eine Synthese dieser beiden Kampfesnotwendigkeiten umfassen muß. Genosse Adler betont weiterhin, daß das, was uns von Moskau trenne, keineswegs die Prinzipien seien, denn das große Endziel der sozialen Revolution wünschten wir ebenso wie die Mitglieder der Dritten Internationale. Das Trennende sei vielmehr jene „spezifische Geschichtsperspektive“, woraus der Glaube entstand, daß jetzt unmittelbar die soziale Revolution kommen müsse. Wenn man den Kampf der deutschen Leninisten gegen die Diktatur der Dritten Internationale über die Parteien der Dritten Internationale verfolgt, so ist festzustellen, daß die Levi, Geyer usw. dieselbe Argumentation gegen die politische und wirtschaftliche Einstellung der Internationale von Moskau fanden. Es ist gewiß zu weit gegangen, behaupten zu wollen, daß uns keineswegs Prinzipien von der Gedankenwelt der Dritten Internationale trennten, denn die Kampfmethoden und die Taktik, die durch die 21 Bedingungen hergestellt wurden, stehen mit den bisherigen Auffassungen über die grundsätzliche Einstellung der marxistischen Arbeiterparteien in entschiedenem Gegensatz. Sie sind freilich bestimmt durch die besondere Geschichtsperspektive die sich in Moskau entwickelt hatte und auf Grund der man glaubte imstande sein zu können, die Revolution weiterzutreiben. Darin unterscheidet sich eben die gesamte prinzipielle Auffassung über den Befreiungskampf des Proletariats, daß die Moskauer Taktik ganz die ökonomischen Voraussetzungen des Kampfes ignorierte und mehr der Gedankenwelt Vatunins Konzessionen machte. Heute freilich ist zu konstatieren, daß sich die Geschichtsperspektive der Radek und Lenin stark verengert hat. Nur noch die unentwegtesten Moskauer glauben, die Revolution unmittelbar weitertreiben zu können. Die Einstellung auf diese verkehrte Geschichtsperspektive hat die deutsche kommunistische Partei bereits auseinandergetrieben, die Führer von einiger geistiger Qualität haben sich von dem Revolutionarismus der Moskauer abgewandt. Dieselben Leute, die erst unentwegt für die 21 Bedingungen eintraten und damit die Moskauer Geschichtsperspektive von ehemals akzeptierten, haben unter dem Druck der Verhältnisse ihre eigene Geschichtsperspektive umstellen müssen, was nicht gerade für eine tiefe Kenntnis der ökonomischen Voraussetzungen revolutionärer Umwälzungen zeugt. Die Levi und Geyer sind noch in Halle die unentwegtesten Trabanten Sinowjews gewesen. Es zeugt freilich für ihre bessere Einsicht, daß sie den Mut fanden, rechtzeitig umzulerren, um so mehr, da sie in Halle bedingungslos die 21 Punkte der Moskauer Geschichtsperspektive zur Annahme empfahlen.

In der Schweiz machten sich die Spaltungerscheinungen ebenso bemerkbar wie in Deutschland. Die schweizerische sozialdemokratische Partei schwankte längere Zeit in der Frage des Anschlusses an Moskau. Zuletzt wurde auf dem Parteitag im Dezember 1920 der Anschluß an Moskau abgelehnt. Die Minorität spaltete sich ab und gründete eine eigene kommunistische Partei,

die sich der Dritten Internationale angeschlossen hatte. Unter den führenden Leuten dieser kommunistischen Partei befand sich der Regierungsrat Schneider, der freilich im Gegensatz zu Levi und Geyer noch vor der Gründung der eigenen kommunistischen Partei scharfe Vorbehalte gegen die 21 Bedingungen machte. Er fand diese Vorbehalte gerechtfertigt, als in den Osterferien der deutsche Kommunismus vollständig in den Bahnen Bakunins und Blanquis landete. Unter der Wirkung der Märzkämpfe gruppierte er die Rechtsopposition der Schweizer kommunistischen Partei um sich und bildete, wie Levi in Deutschland, eine besondere zentralistische Gruppe, die sich mehr und mehr in Gegensatz zu Moskau stellte. Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz hat indes kein langes Leben gehabt. Noch bevor sich der Gründungstag der kommunistischen Partei in der Schweiz jährte, hat die unabhängig-kommunistische Partei der Schweiz die kommunistischen Parteien der Schweiz erneut in Beziehungen getreten. Das Resultat der Verhandlungen war eine Verschmelzung der beiden Parteien auf der Grundlage des Programms und der Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Damit ist ein Kapitel der Zerungen und Wirrungen im Verbands der proletarischen Internationale erledigt. In der Schweiz ist die proletarische Einheitsfront der Verwirklichung eines Schritts nähergekommen, obwohl auch dort „eine Partei“ der unentwegten Moskauer noch weiterhin besteht. Die Schweizer unabhängigen Kommunisten haben die Konsequenzen gezogen und es wird abzuwarten sein, welche Haltung die kommunistische Arbeitsgemeinschaft Deutschlands zu dem Vorgehen der Schweizer unabhängigen Kommunisten einnehmen wird.

Genosse Adler geht in seinem Wiener Referat weiterhin auf die Frage der Möglichkeit eines Zusammenstufens in der Gegenwart ein und betont, daß zur Zeit an einen organisatorischen Zusammenschluß der streitenden Parteien nicht zu denken sei, weder international, noch national, doch aber allmählich ein „Ueberbau von Aktiongemeinschaften“ für „gewisse Gelegenheiten“ geschaffen werden müsse, der dann in seiner historischen Entwicklung naturgemäß einen engeren organisatorischen Zusammenstufens zur Folge haben muß. Wir haben kürzlich diesen Gedanken in etwas konkreter Form zur Diskussion gestellt, indem wir auf die Organisationsformen der englischen Arbeiterbewegung hingewiesen haben. Wie das nicht anders zu erwarten, haben wir von den Kommunisten eine scharfe Abfuhr erhalten, indem die rote Fahne erklärt, daß unser Vorschlag nichts anderes sei, als die Vorbereitung für die Wiedervereinigung mit den Rechtssozialisten.

In allen Versammlungen schreien die Kommunisten über die Sabotage der Einheitsfront durch die Haltung unserer Partei, sobald aber konkrete Vorschläge gemacht werden, versagt die kommunistische Partei, wie sie schon immer versagt hat.

Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 12. Dezember 1921.

Oberstaatsrat Dr. Bang hat Kapp am 12. März gesprochen. Er sagt aus: Kapp ist damals zu mir gekommen und hat mich gefragt, ob ich bereit sei, in eine „Regierung, Kasse“ mit einzutreten. Keine zehn Pferde würden mich dazu, in eine solche Koalition werde ich keinesfalls eintreten, antwortete ich. Von anderen Vorgesprächen weiß ich nichts; wenn aber welche stattgefunden haben, haben sie sicher nicht für Herbeiführung der Märzereignisse gedient. Schiller ist einer der interessantesten Menschen, die ich kennen lernte. Sein Schicksal ist wie eine Parabelkommode; er ist ein Phantast, der an eigene Halluzinationen glaubt; als politischer Ratgeber halte ich ihn für vollkommen untauglich. Schiller hat „Material“ ausgearbeitet, das jedoch mit der Kapp-Sache gar nicht in Verbindung stand. Ueber die Märztage vor dem 12. weiß ich nur aus den Prozessakten. Am 12., abends, sei Kapp gekommen und habe ihm mitgeteilt, er sei verhaftet; aber das sei dummes Zeug, die Regierung sei gar nicht mehr in der Lage, ihn zu verhaften; es werde sehr bald ein Umsturz stattfinden, und zwar schon es mir so, als ob das noch in dieser Nacht geschehen würde; alles sei, wie er sagte, darauf vorbereitet. Die rote Armee sei zum Einbruch bereit, es sei die höchste Zeit zum Beschlusse, sonst drehe uns der Bolschewismus die Gurte ab. Ich selbst bin der selbstverständlichen Ansicht gewesen, daß das erste am 12. 3. die Verfassung der Reichsverfassung hätte sein müssen; und daß Kapp das nicht getan hat, das muß ich ihm heute noch vorwerfen. Am Sonnabend früh habe ich dem Einzug der Truppen beigewohnt und die „Begeisterung des Volkes“ mit angesehen. Später mußte ich dann zu meiner Enttäuschung feststellen, daß Kapp gar keine Leute zur Verfügung hatte. Die Robinetterei bestanden aus einem Tobowabohu; sie ähnelten Schwanzhunden. (1) Am Sonnabend früh wurde von uns in einer Kabinetsitzung die Frage erörtert, was man tun sollte, wenn in Kapp die Kabinetsfrage vorzeitig gelöst würde.

Zeuge Ludendorff.

Von Hans Bauer.

Das Sekretariat des Reichsgerichts hat dem Publikum so wenig Karten zum Jagow-Prozess zur Verfügung gestellt, daß der Sitzungssaal während der ersten beiden Tage nicht nur nicht überfüllt, sondern geradezu düflig besetzt war. Am Vormittag des zweiten Sitzungstages zum Beispiel waren sogar die Stuhlreihen kaum zur Hälfte besetzt. Am dritten Tage jedoch sollte Ludendorff vernommen werden. Das war Grund genug, daß wohl so ziemlich alles aufmarschierte, was in den glücklichen Besitz einer Einlasskarte gekommen war. Außer Prozessionsmitgliedern dürften das freilich nur eine Anzahl Herren und vor allem Damen gewesen sein, denen ihre Beziehungen zum Reichsgerichtspersonal eine ausschlaggebende Unterfertigung gewährt hatte.

Ludendorff wird als zweiter Zeuge aufgerufen. Mit jenem „festen, elastischen Schritt“, den früher die bürgerlichen Zeitungen bei Kürzlichkeiten zu bemerken nicht müde wurden, tritt jener, von dem Karl Kraus das herrliche Wort gesprochen hat, daß er nach dem Zusammenbruch mit einer blauen Brille davonkam, vor das Richterkollegium. Maskiert ist er, den man von tausenden Bildern her nur in Uniform und mit einer Anzahl Orden bedeckt kennt, mit einem ganz zivilen Gehrod. Der Präsident fragt, ob er Erzähler von Ludendorff sei. Jawohl, der sei er. Ludendorff berichtet nun. In Generalispolo. Mit Generalisworten. Im Generalis. Die linke Hand maß hin und wieder Unterstreichungen zu Sähen in die Luft. Die rechte Hand steck dauernd in der Hosentasche. Keine Hülse des Präsidenten bemängelt diesen Verlust gegen einfache Hülfsfaktoren. Ludendorff darf das. Er ist nun einmal kein Bolschewik. Seine Sätze sind militärisch abgehackt: Nächsten Morgen, General — General von Lüttich — im Kraftwagen ab. — In der Nacht — Brandenburger Tor. Einmal erhebt der Präsident einen Brief, der in den Deutschen Zeitung veröffentlicht worden sei. „Wer hat den Brief geschrieben?“ fragt Ludendorff groß. Man fühlt bei jedem Satz: Dieser hier läßt sich von niemandem etwas sagen. Diesem geht es wider

Wetter wurde die bedrohliche Wendung in der Weissenfrage abgeleitet. Sonst habe ich eine weitere Sitzung mitgemacht. Alle anderen trugen den Charakter einer Zudensuche. Der 13. war für mich die größte Enttäuschung, die ich als Politiker erlebt. Am Abend habe ich Kapp klargemacht, daß kein ernsthafter Politiker eine derartige Detourée mitmachen könne; man habe einen ganzen Tag verfehlt. Kapp sagte mir, man wolle in Verbindung mit der Sozialdemokratie eintreten, das hat mit den Rest gegeben; für mich war die Sache dann erledigt. Am Sonntagabend war ein Offizier bei mir, ich solle in die Reichsangelegenheiten kommen. Ich habe mich geweigert, aber er sagte, er habe den Befehl, mich mitzubringen. Papst, Bauer und Kapp verhielten sich zueinander, mich zu bewegen, das Finanzministerium zu übernehmen; ich habe selbstverständlich abgelehnt, in eine Koalition mit der Arbeiterfront wäre ich eingetreten (mit Pankos), mit der Sozialdemokratie und den Juden aber nie. Ich habe Kapp gefragt, ob er solche Elemente sich an der Regierungsbildung beteiligen lassen wolle, hat Kapp mir mit nein geantwortet. Schiele hat damals Kapp gesagt, eine solche Ausschließung sei doch schon morgen nicht mehr möglich. Ich habe Kapp dann vorgeworfen, er habe mich von vornherein über die ganzen Vorbereitungen belogen. Ja, antwortete er mir, daran sei nur Lüttich mit seinem höflichen Ultimatum schuld. Vom „Influencer Schiele“ habe er seinerzeit nur in der „Aufregung“ geschrieben, das sei aus der Situation zu erklären. Die Begeisterung des Volkes in Berlin am 13./14. März ist größer gewesen als in den Umstürzen 1918. (?)

Von der Oberstaatsanwaltschaft wird gegen die Berechtigung Einspruch erhoben. Die Verteidigung fordert sie aus dem Grunde: Bang habe sich doch geweiigt, Kapp zu unterstützen, von einer Teilnahme am Unternehmen sei doch absolut keine Rede. Bang wird nicht verurteilt.

Generalleutnant v. Hülsen teilt mit, am 11. März sei es zu einem Zusammenstoß zwischen Lüttich mit dem Reichspräsidenten und Kasse gekommen; in dessen Verlaufe Lüttich beurlaubt worden sei. Lüttich habe ihm dann gesagt, er stehe mit der Brigade Ehrhardt in Verbindung und werde sich das nicht gefallen lassen. Beim Auslassungsbefehl habe aber der Zeuge geglaubt, die Sache wieder in Ordnung gebracht zu haben. Am 12. morgens habe er in einer Unterredung mit Ehrhardt in Döberitz diesen von dem Einmarsch abbringen wollen. Er sei aber bei Ehrhardt auf „festen Willen gestoßen“, er hätte unbedingt auf Berlin marschieren wollen. Auf die Frage des Staatsanwaltes, wie es geschehen konnte, daß der Alarmbefehl auch an die Ehrhardt-Truppen weitergegeben sei, antwortete er, es seien in der Zeit noch andere humoristische Sachen vorgekommen. Nach einer nochmaligen Unterredung mit Lüttich hat der Zeuge die Bahnen von Potsdam nach Berlin besetzen lassen, um alles in der Hand zu haben. An seine Truppen erging der Befehl, keine anderen Anordnungen zu befolgen, als seine eigenen. In Berlin traf er dann Oberstleutnant von Thausen, der die Sicherung des Regierungsviertels übernommen hatte und auf seine Frage erklärte, er lasse sich nicht überrennen, er werde von seiner Waffe Gebrauch machen. Später sei Oberst Reinhardt zu ihm gekommen und habe ihm geraten, er solle einen Aufruf für die alte Regierung erlassen. Er habe gefragt, wo diese sei, worauf Reinhardt geantwortet habe: „Die ist zerplatzt.“ Er habe sich gewundert, daß sein Vorgesetzter ihm einen Rat gegeben habe, anstatt zu beschließen. Er sei der Meinung gewesen, daß den Militärs die politischen Dinge nichts angingen. Am 14. März hat er die Minister Südekum, Döberitz und Dominikus bei Lüttich getroffen, sie überbrachten ein Ultimatum, in dem es hieß, wenn Kapp nicht zurücktreten würde, der Generallandtag proklamiert werde. Kapp hätte erst seine Mitarbeiter hören wollen; in der Kabinetsitzung waren dann auch die drei Angeklagten zugegen. Man war der Ansicht, daß wegen Streikmöglichkeit eine solche Aktion gar nicht zustande kommen könne. Er ist dann mit General Maeder in die Reichskanzlei gefahren, wo dieser einen Zusammenstoß mit Lüttich gehabt habe. Am Spätmittag, als er einen Vermittlungsvorschlag der Reichsparteien an Papst übergeben habe, habe dieser ausgerufen: „Jetzt ist alles verloren.“ abweicht, wie ein Senatmitglied feststellt, „früher“ ausgesagt hatte, daß Kapp alles genau vorbereitet gehabt habe, meint er, „so genau“ hätte er das früher nicht im Protokoll ausgeführt.

General v. Döberitz war bei einer Audienz, die Lüttich bei dem Reichspräsidenten am 10. März gehabt hat, zugegen. Der General habe dort seine Wünsche vorgetragen. Döberitz habe geantwortet, die Verminderung der Truppen müsse nun einmal vorgenommen werden. Kasse, der auch zugegen war, bemerkte scharf, die Abrüstung sei Sache des Reichspräsidenten und Reichswirtschaftsministers. Lüttich habe sich darum nicht zu kümmern. Kasse habe dann geantwortet, daß Lüttich zurücktreten solle. Zeuge wurde dann als Vertretung für ihn bestimmt. Am 12. nachts sei er mit einem Auto den amarschierenden Truppen entgegengefahren. Ehrhardt habe sich nach einer langen Unterhandlung zu einem Ultimatum entschlossen. Kasse lehnte die Annahme plattweg ab. Er habe ihm aber gesagt, daß sein Plan, Widerstand zu leisten, schon rein militärisch falsch sei. Ein Widerstand sei vollkommen unmöglich. In einer Kabinetsitzung habe er einmal teilgenommen, es sei wie auf einer Besessenenversammlung gewesen. Am 17. hat Lüttich auf einer Kommandeurversammlung gefragt, ob die Truppen noch hinter ihm ständen, er hat geantwortet: „Nein, leider nicht mehr.“

Zeuge Schiller sagt aus, er habe während der vier Rappstage niemals an Verhandlungen auch nur gedacht. Auch habe er sich nicht über die Amnestie geäußert. Ehrhardt hat gesagt, er müsse für sich eine Amnestie ablehnen. Wenn er unter sie falle, sehe es in so aus, als ob er eine strafbare Handlung begangen hätte (Jetzt aber ist er zu selbe, daß dem Gericht zu stellen). Von Falkenhäusen hat schon Gerichte über Regierungsänderungen in Verbindung mit dem Namen Kapp im Winter 1919 gehört. Am 12. nachmittags habe von Jagow telefonisch die

den Strich, hier gefragt zu werden hier Rede und Antwort stehen zu müssen, hier gezwungen zu sein, sich den (wenn auch besiegten) Feldherrn einhermaßen zu verneinen.

Der Oberstaatsanwalt richtet von seinem Stuhle her ein paar Fragen an ihn. Ludendorff wendet sich ihm, der sitzen darf, während er stehen muß, mit schneidiger Bewegung zu, immer noch die Hand in der Tasche, und ein Blick huscht von unten raus nach dem Oberstaatsanwalt, ein langer Blick: Jivistkewitsch!

Jagow wandte sich und schlangelte sich bei seiner Vernehmung und wurde von dem Präsidenten einige Male so festgenommen, daß er ein paar Verlegenheitsworte stammelte. Bei Ludendorff hat man immerhin das Gefühl, daß er auch als Angeklagter nicht in Verlegenheit zu bringen wäre. Dazu hat er zu viel Willen. Er, der vor der Revolution von 1918 schon 1918 den Kaiser abgesetzt hatte, ist einfach zu massiv, als daß er vor geistigen Argumenten wie und sich in die Defensive drängen ließe. Selbst seine Gefinnungsfreunde schon er dabei nicht immer. In seiner Ausrede hatte er beispielsweise erklärt, daß in den für Kapp kritischen Generalstabsitzungen diesem von Lüttich angeraten worden wäre, zurückzutreten, da die Lage nicht mehr zu halten sei. Herr von Jagow jedoch habe dem widersprochen, da er immer noch geglaubt habe, die Macht sei in Kapps Händen. Diese Sätze sind Jagow nicht gerade angenehm und er läßt sich das Wort zu einer Zwischenbemerkung geben, in der er seine Erzellen fragt, ob seine Erzellen sich da nicht doch irre. Er weiß nichts mehr davon. Aber Ludendorff denkt nicht daran zu revidieren. So etwas tut er einfach nicht. Er redet in seiner Antwort völlig an der Sache vorbei. Jagow best die Lippen aufeinander und leckt sich.

Nach einer Stunde etwa ist die Vernehmung beendet. Ein luxures Herrenzweizehler, eine kurze Vernehmung. Ludendorff tritt ab und nimmt auf der Zeugendank Platz. Dort kann man noch einmal in Ruhe seinen Kopf studieren. Diesen Kopf mit der hohen Stirn und den neugierigen Badenpartien, diesem energischen und dennoch so unerschrockenen Gesicht, diesem scharfen und doch so bisse-verächtlichen Blick. Da lacht man nach einem Totalwort, das diesen Mann charakterisiert, und täuscht eine Welle und sagt dann vor sich hin: Das alte Deutschland! Wehe uns, wenn es wieder zur Macht kommt.

Wendung erhalten, sofort nach Berlin zu kommen. Er habe sofort gewußt, um was es sich handele. Für den 13. ist er dann um 6 Uhr früh aus Brandenburger Tor bestellt worden. Jagow habe ihm gesagt, Kapp reche auf ihn. Schon früher habe Kapp ihm einmal gesagt, ob er im Falle eines Umsturzes einen Ministerposten übernehmen würde. Es seien aber nur unbestimmte Abmachungen getroffen worden. Kapp habe schon vorher Minister bestimmt: v. Jagow, Traub (Kulturminister), Wangelheim, Schiele. Darüber habe er mit ihm öfter gesprochen.

Der Kapitänleutnant a. D. Schiller, der am 13. früh von Ehrhardt mit Befehlen zu Thapfen geschickt wurde, verweigert die Auslage.

Darauf werden die drei Angehörigen der Marinebrigade vernommen, die am 12. sich geweigert hatten, mit nach Berlin zu gehen. Sie erklären übereinstimmend, sie hätten genau gewußt, daß es gegen die Regierung gehe. Die Anzeigen dafür seien schon Tage vorher zu bemerken gewesen. (v. Trotha hat natürlich davon bei seinem Besuche am 12. noch gar nichts gesehen.) Der General Kasse habe sie zum Miteigenen bewegen wollen, indem er sie darauf hinwies, sie hätten das Brot der Brigade schon so lange gegessen und dürften nun ihren Kameraden nicht in den Rücken fallen. Der Eid, den sie der neuen Regierung geschworen hätten, sei doch ungültig, weil er nicht unter Anrufung Gottes geschlossen sei, wie es für einen nationalen Soldaten gelte. Auch hätten sie dabei ja gar nicht die Hand gehoben. Die drei erklären aben, sie hätten auf ihrem Eid bestanden und man hätte sie dann auch dagelassen. Außer Falkenhäusen, Köhler, Schuster, Puttkammer und Brintmann, die beiden letztgenannten haben nichts wesentliches ausgesagt, wurden alle Zeugen verurteilt.

Die Sitzung war gegen 4 Uhr zu Ende und wurde auf morgen früh 9 Uhr vertagt.

Leipzig, 13. Dezember.

Als Zeugen sind heute eine Reihe bekannter Persönlichkeiten erschienen. Es ist eine schier endlose Reihe.

Oberregierungsrat Döberitz war damals Referent bei der Sicherheitspolizei; er hat von Kapp über Unruhen in der Truppe erzählt hören, Zeuge selber habe davon aber nichts gemerkt. Am 13. ist er von den Ereignissen überrascht worden. Ehrhardt habe ihn gefragt, was die Sipps tun würde, wenn Truppen einrückten. Er habe geantwortet: Sie würde ihre Pflicht tun. Ueber gefährliche Fragen schweigt sich der Zeuge aus, er weiß ja, daß er nicht verurteilt wird. Ueber die Unterredung mit Südekum sagte er, dieser habe ihm mitgeteilt, Kapp wolle überhaupt nicht, was er wolle; er solle bedingungslos zurücktreten; Hindenburg könne als Präsident austreten. Ich sagte, Kapp habe die Absicht, eine große Koalition zu bilden, um das Kabinett gegen Kasse zu sichern.

Zeuge Lüttich, Kapitänleutnant, weiß nichts von Vorbereitungen und Marschbereitschaft in Döberitz vor dem 12. März. Ueber den Grund des Marsches seien die Offiziere erst kurz vor dem Ausbruch unterrichtet worden.

General Maeder

gibt Auskunft über die Verhandlungen zwischen ihm und den Vertretern der gestrichelten Regierung. Er hat vor dem 13. von allem keine Ahnung gehabt. Im Juni 1919 sei aber bereits Oberst Bauer an ihn herangetreten, die Weimarer Nationalversammlung mit seinen Leuten zu sprengen. Er selbst habe dies für ausgeschlossen gehalten. Den Ministern, die sich nach Dresden geflüchtet hatten, sicherte ich meinen Schutz zu. Kasse selbst hatte gar keine Möglichkeit, Befehle zu geben, weil er nicht einmal ein Bureau hatte, und wie wäre ich dazu gekommen, von irgendwelchen Zivilministern Weisungen entgegenzunehmen. Am Sonnabend hörte er, daß die sozialistischen Minister den Generallandtag ausgerufen hätten. Ich war darüber entsetzt. Die Regierung wußte davon auch gar nichts.

Ich erließ einen Befehl, jeden Streikenden zu verhaften; Ebert erklärte mir auch, daß er mit diesem Befehl einverstanden gewesen sei. (?) Ebenso waren Ebert wie Kasse einverstanden, daß ich nach Berlin fahren und die Zustände wieder in die verfassungsmäßige Form zurückzuführen sollte. Ich schrieb Ebert vor meiner Abreise nach Berlin einen Brief, in dem ich ausdrückte, meine Absicht sei, Kapp wieder auf den verfassungsmäßigen Weg zurückzubringen. Ich hielt dann in Berlin eine Ansprache an die Führer der Unternehmern, Kapp und Lüttich hätten

das Unternehmen begonnen. Er käme nicht im Auftrage, aber in Einvernehmung der Regierung; diesem Zustande müsse unter allen Umständen ein Ende gemacht werden. Der sächsische Ministerpräsident hat die Absicht meiner Reserve freudig begrüßt. „Wenn der Generallandtag nicht binnen 48 Stunden abgeblasen würde, würden keine Lebensmittel mehr in die Städte hereinkommen.“ sagte mir von Wangelheim. Die Verhandlungsbedingungen, die mir die Kappleute am nächsten Tage übergeben, schienen mir äußerst „sachliche“ zu sein. Ueber das Treiben in der Reichskanzlei ist er gleichfalls entsetzt gewesen. In dessen mehrten sich die Nachrichten, daß die Truppen immer mehr von Lüttich abfielen. Der Name Kapp ist im Juni 1919 schon bei der Aufzählung Bauers gefallen, er war damals als zukünftiger Reichskanzler vorgehoben. Der Reichspräsident hat dem Zeugen für seine Dienste gedankt.

Ministerialrater Dr. Meißner: Am 13. früh fand er das Ministerium von den Kapp-Leuten besetzt. Jagow ließ ihn bitten, im Amt zu bleiben. Er antwortete, er sei bereit, die Geschäfte weiterzuführen. Er hat dann ein Telegramm an die Hamburger Sipps unterzeichnet, hat aber nicht gewußt, wer der Verfasser desselben gewesen ist; erst später hat er erfahren, daß es im Auftrage v. Jagows abgefaßt worden sei.

Er hat dann Kenntnis genommen von ca. 20 Telegrammen, die die Beurteilung demokratischer und sozialdemokratischer Oberpräsidenten anordneten, diese Telegramme hat v. Jagow selbst geschrieben. Auf den Einwand eines Senatmitglieds, es seien doch wohl nur 10 Telegramme gewesen, antwortet Zeuge bestimmt, nein, es seien 20 gewesen.

(Die Zeugenvernehmung dauert an.)

Die Berichterstattung Rathenaus. „Strenges Stillschweigen“.

Berlin, 13. Dezember. (Eigenes Drahttelegramm.) Im Laufe des gestrigen Tages hatte Rathenau Besprechungen mit dem Reichskanzler und mit den Vertretern des Ressorts, die an dem Reparationsproblem beteiligt sind. Ueber das Ergebnis der Besprechungen, die heute fortgesetzt werden, wird strenges Stillschweigen bewahrt. Die Meldungen, die in der Presse gebracht worden, beruhen also zum größten Teil auf Kombinationen. Dr. Rathenau wird weder in der heutigen Sitzung des Reparationsauschusses, noch in der Vollziehung des Reichswirtschaftsrates sprechen, dagegen wird wahrscheinlich der Reichskanzler im Reparationsauschuss Erklärungen über die Kreditaktion geben.

Die Antwort der Bank von England auf die Anfrage der Reichsregierung, ob sie gewillt sei, Deutschland einen Kredit einzuräumen, soll endgültig eingetroffen sein. Ueber die Art dieser Antwort wurde gestern abend ebenfalls Stillschweigen bewahrt.

Zu der Behauptung, daß Rathenau ohne positives Ergebnis aus London zurückgekehrt sei, wird in parlamentarischen Kreisen, die dem Berliner Tageblatt nahesteht, versichert, daß es eine seiner Hauptaufgaben in London gewesen sei, dort das Terrain zu sondieren und die Stimmung zu erkunden. Der Londoner Aufenthalt habe insofern ein günstiges Ergebnis gezeitigt, als man nun über die Auffassung und Absichten der britischen Hauptstädte vollständig im Klaren sei. Das Berliner Tageblatt gibt die Ansicht maßgebender Kreise wieder, wonach die Frage des Moratoriums bei weitem überhört wurde. Die Gewährung eines

Motatoriums würde nur ein Hinauschieben der endgültigen Lösung der Reparationsfrage bedeuten, Deutschland habe ein Interesse an der Hinausschiebung, sondern an einer raschen und endgültigen Lösung des Reparationsproblems. Man gelte die Ansicht, daß es bei dieser Regelung in der Hauptsache darauf ankomme, eine Stabilisierung der Rakita herbeizuführen. Es gäbe noch andre Wege außer der Erreichung eines Motatoriums, um die Reparationsfrage zu lösen. Ueber diese nun einzuschlagende Wege werde gegenwärtig in den Besprechungen der Reichsregierung mit Kalkenau beraten.

Die Freiheit sagt über die Bedeutung der gegenwärtigen Besprechungen, die wahre Entscheidung liege nur soweit bei Deutschland, als die Regierung die Pflicht habe, durch die schnellste und schärfste Heranziehung des Beihes zu den Steuerleistungen für die Wiedergelendung des Staatshaushaltes zu sorgen. Das letzte Wort werde in London gesprochen werden, wo Briand und Lloyd George in den nächsten Tagen zusammenkommen werden. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ist von der Regierung zu verlangen daß sie zur rechten Zeit vorbereitende Maßnahmen trifft, um den Gefahren einer Produktionskrise zu begegnen. Wenn auch mit der Ratifizierung des Wiesbadener Vertrags eine glückliche Beeinflussung des deutschen Wirtschaftslagens zu erwarten ist, so darf das die Regierung nicht bestimmen, den Dingen ihren Lauf zu lassen.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Stresemann, hat beim Reichsfanzler telegraphisch angefragt, wann der Reichsfanzler dem Auswärtigen Ausschuss nähere Mitteilungen über die Londoner Verhandlungen machen wolle.

Eine Konferenz der Wirtschaftsminister.

Darmstadt, 12. Dezember. Die Wirtschaftsminister des Reichs und der Länder hatten heute hier in Sitzungsale der Volkshausunter eine Aussprache. Nach einseitigen Worten des Reichswirtschaftsministers Schmidt legten die Ministerialräte Dr. Traugott, Schlag und Freiherr v. Duttler in längeren Referaten die gegenwärtige Wirtschaftslage, die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die bestehenden Absichten dar. Im einzelnen wurde ausgeführt, angeht die großen Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des bisherigen Systems der Einfuhrkontrolle ergeben haben, müsse ernstlich erwogen werden, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit eine weitere Einfuhrbeschränkung hauptsächlich im Wege der Zollpolitik durchgeführt werden könne.

Die Entwertung der deutschen Valuta habe energische Maßnahmen zur Verhinderung des gegenwärtigen Ausverkaufs Deutschlands notwendig gemacht. Insbesondere seien Maßnahmen zu einer verstärkten Durchführung der Ausfuhrkontrolle ergriffen worden. Die Beteiligung des Reichs an den Währungsfragen des Auslandes durch eine allgemeine Ausfuhrabgabe sei beabsichtigt. Um die schädlichen Auswirkungen der Geldentwertung auf die Binnenwirtschaft zu mildern, müsse auf eine Steigerung der Produktion und eine Verminderung des übermäßigen Verbrauchs hingewirkt werden. Die Wünsche in der Preisgestaltung würden durch strenge Handhabung der bereits bestehenden Bestimmungen bekämpft. Für die Beobachtung der Preisbildung seien die Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, deren Mitglieder besonders auch aus der minder kaufkräftigen Verbraucherschaft zu entnehmen seien. Die Behinderung der Arbeitsmöglichkeit auf diesen Gebieten sei durch untre bedrängte Kohlenlage verursacht. Alle diese Schwierigkeiten könnten nur beseitigt werden, wenn im Steinkohlenbergbau wieder Überflüssen verfahren würden. Die allgemeine Aussprache, die sich an den Bericht des Reichswirtschaftsministeriums schloß, führte zu Uebereinstimmung über die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen. Es wurde allgemein ausgesprochen, daß vor einer Lösung der Reparationsfrage der Boden für eine geordnete Wirtschaftspolitik nicht vorhanden sei.

Banken in Not.

Aus Dresden wird berichtet: In Dresden Bankkassen ist man der Ansicht, daß die Kurse nach dem neuen Sturz vom Montag einen Stand erreicht haben, der in keiner Weise mehr den wirklichen Werten entspricht. Die Börse übertriebe jetzt nach unten ebenso wie erst nach oben. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands habe sich in keiner Weise gebessert. Dresdner Großbankdirektoren vertreten die Ansicht, daß eine Schließung der Börse bis Ende des Jahres das beste Mittel sei, der stetigen unbedingten Bank entgegenzuwirken. Sie verweisen dabei auf die Schließung der Wiener Börse, die gleichfalls in einem kritischen Zeitraum vorgenommen wurde und von Erfolg begleitet war.

Die Forderung der Dresdner Großbankdirektoren nach der Schließung der Börse offenbart die Räte, in denen sich die Banken befinden. Sie läßt darauf schließen, daß auch die Großbanken auf die Dauer nicht mehr in der Lage sind, den Anforderungen, die an sie gestellt werden, um weitere Krachs zu verhindern, zu genügen.

Die Untersuchung über den Märzpuß.

Im Untersuchungsausschuss des preussischen Landtages über die Vorgänge in Mitteldeutschland bildete am Montag das der Frau Zetkin beim Ueberschreiten der russischen Grenze abgenommene Altematerial Gegenstand der Aussprache. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Meyer, Dispreußen (Komm.) auf Zusammenstellung der Ermittlungen über das sogenannte Zeitsmaterial. Der kommunistische Antrag, die Akten des Reichsgerichts über die Strafverfahren auf Grund dieses Materials einzufordern, wurde abgelehnt. In einem Schreiben legt Oberpräsident Hering Verwahrung ein gegen die Behauptung eines Zeugen, er habe gesagt, je blutiger der erste Tag sei, desto unblutiger würden die folgenden Tage sein. Er habe vielmehr sein Bedauern über die Greuelthaten ausgesprochen. Abg. Dr. Lehmann (USP.) beantragte eine Zusammenstellung aller noch vorliegenden Beweisanträge. Seine Partei lege Wert darauf, daß die Zeugenaussagen (Staatskommissar Welsmann, Bürgermeister von Eisleben) aufgeklärt werden, wonach auch Unabhängige in Eisleben und im Mansfelder Gebiet das Einreisen der Schutzpolizei wünschten und es auf der Mansfelder Konferenz verlangt hätten. Der Antrag Lehmann soll bei Feststellung des Ausschussberichts für das Plenum berücksichtigt werden.

Ein Richter über Heines Schieferlah.

In Köln hatte ein Kriminalbeamter auf einen Mann, den er verhaften wollte, der ihn aber in der Küche einschloß und sich durch die Mauer der Küche Revolverkugeln abgeben und den Anwesenden durch eine Kugel am Gesicht verletz. Dieser Tage stand nun der Mann, weil er den Hilfsbeamten eingeschlossen hatte, wegen Freiheitsberaubung vor dem Schöffengericht. Auf die Frage des Richters, welche Anweisung ihm für einen Fall wie den vorliegenden gegeben worden sei, meinte der Hilfskriminalbeamte: „Wir sollten so handeln, wie wir es mit unfrem Gewissen vereinbaren können.“ Der Vorsitzende erwiderte, man dürfe mit dem Leben und der Gesundheit des Bürgers nicht leichtfertig umgehen und nicht ohne weiteres schießen. Der Mann hätte auch

besagt werden können. Mit dem Schießen, namentlich auf Strafe, wo auch Unbeteiligte getroffen werden können, soll man nicht so leicht bei der Hand sein. Die Schulleute seien dementsprechend zu unterweisen. Diese Worte sind eine herbe Kritik des Heineschen Schieferlahes, sie sind aber zugleich auch eine Kritik des Herrn Scoring, der den Schieferlah immer noch nicht aufgehoben hat.

Eine heikle Frage.

Die Genossen Crispian und Rosenfeld haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Am 10. November 1921 erklärte der Herr Reichsjustizminister, daß er in bezug auf die Behandlung der politischen Gesangenen in der bayerischen Festungsanstalt Niederschönenfeld das Recht der Reichsaufsicht geltend machen werde. Hat der Herr Minister dies inzwischen getan? In welcher Weise? Mit welchem Erfolg?

Sittlichkeitschmüßler bei der Reichspost.

Der Reichspostabgeordnete Genosse Ludwig Hagen hat folgende Anfrage an die Reichsregierung eingebracht: Ist es richtig, daß beim Dortmunder Telegraphenamts resp. bei der dortigen Oberpostdirektion eine Dame entlassen worden ist, trotzdem der Schlichtungsausschuss die Entlassung als zu Unrecht erfolgt erklärt hat? Ist es richtig, daß die Entlassung erfolgte, weil die Betreffende unehelich geboren hat?

Gegen die nationalistische Verhetzung.

Paris, 12. Dezember. Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes spricht sich in einer Tagesordnung gegen die Kammerrede André Vebbers aus und stellt fest, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, wie durch Enqueteen festgestellt worden sei, alles getan habe, um die Unternehmungen, die früher der Herstellung von Kriegsgüter dienten, in Fabriken umzuwandeln, die der Friedensarbeit dienen.

In der italienischen Kammer hat der Deputierte Baglioni an den Minister des Äußeren eine Anfrage gerichtet, die den Konflikt zwischen der Reparationskommission und der Interalliierten Militärkontrollkommission in der Frage der Interpretation und Anwendung der Artikel 168 und 169 des Versailler Vertrages zum Gegenstand hat. Durch die Anfrage soll Aufklärung geschaffen werden über die Rolle, welche die italienischen Vertreter bei den Verhandlungen spielen, denen die Deutschen Werke durch die Militärkontrollkommission ausgehört sind.

Die Konferenz in Washington.

Die Sonnabendstimmung.

In der Sonnabendstimmung der Konferenz wurden zunächst die beiden schon bekannten Entschlüsse des Ausschusses für die Frage des Fernen Ostens erledigt, die sich auf die Unabhängigkeit Chinas und auf die Frage der Exterritorialitätsrechte beziehen. Ferner wurden zwei Entschlüsse angenommen, die der dritten und fünften Forderung der chinesischen Denkschrift entsprechen. Die erste behandelt die Frage der Neutralität Chinas im Kriegsfalle, in der zweiten verpflichten sich die Signatarmächte, kein Abkommen zu schließen, das mit den von der Konferenz angenommenen allgemeinen Grundrissen ihrer chinesischen Politik im Widerspruch steht.

Öffnung der Yap-Frage.

Washington, 13. Dezember. (U.) Die Yap-Frage ist gelöst. Die Meeresinseln betreffen auch alle Inseln, über die Japan ein Mandat besitzt. Die Britischen Staaten behalten Kabaeta anre auf Yap und erhalten auch die Inseln in der Insel. Gleichzeitig wird das Kabel nach Bonaire den Verkehr freigegeben. Das Abkommen verbietet eine Befestigung von Yap. Japan wird für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen und die Vereinten Staaten werden das Mandat anerkennen, welches Japan vom Völkerbund über die früheren deutschen Inseln nördlich vom Äquator erhalten hat.

Das Recht Koreas.

Washington, 13. Dezember. (U.) Die Delegation von Korea hat sich offiziell an die Konferenz gewandt und dringt darauf, daß Korea sein Recht bekommt. Sie betont, daß, falls die Konferenz das koreanische Problem nicht löse, ein asiatisches Völkervertrag bestehen bleibe.

Der englisch-irische Vertrag.

Ablehnende Haltung Ulsters.

London, 12. Dezember. Der Premierminister von Ulster, Sir James Craig, erklärte heute im Ulster-Parlament, die Lage sei sehr ernst; er forderte jedoch zu Mut und Optimismus auf. Ulster sei entschlossen, keinen Schritt von dem Wege abzuweichen, den es sich vorgezeichnet habe, und werde seine Ideale nicht ändern. Craig beschuldigte Lloyd George, sein Versprechen nicht gehalten zu haben. Die Lage sei durch die Unterzeichnung des Vertrages zwischen den Britischen und den Sinnfeiner-Vertretern so verändert worden wie noch nie. Craig sagte: Wir sind in den Vertrag nicht einbezogen worden; wir sind nicht aufzufordern worden, den Vertrag zu unterzeichnen. Der Vertrag erfüllt nicht das feierlich dem Volk von Ulster gegebene Versprechen, daß seine Rechte nicht beeinträchtigt oder geopfert werden sollen.

De Valera soll nach einer weiteren Meldung aus London bereit sein, sich dem Beschluß des Sinnfeiner-Parlaments zu fügen, dessen Mehrheit voraussichtlich den Vertrag ratifizieren wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Unternehmer gegen die Arbeitsnachweise.

Seit geraumer Zeit führt das organisierte Unternehmertum einen heftigen Kampf gegen die paritätischen Arbeitsnachweise. Das geschieht, weil sich bei den paritätisch zusammengeschlossenen Nachweisen, wo die Arbeiterschaft auch ein Wortchen mitzureden hat und die gleiche Anzahl der Beamten stellt wie das Unternehmertum, sich die Unternehmerwillfür nicht unheimlich ausleben kann. Das wird den Unternehmern besonders fühlbar bei Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen.

Der Verband der Metallindustriellen hat schon anfangs des Jahres den paritätischen Arbeitsnachweis ausgegeben. Er war bisher noch nicht dazu zu bewegen, ihn wieder anzuerkennen.

Neuerdings scheint auch der Arbeitgeber-Schuhverband für das Holzgewerbe im Bezirk Leipzig die Wästel zu haben, den paritätischen Arbeitsnachweis zu sprengen. Die Holzindustriellen suchen deshalb nach einem Vorwand, um diesen Streich wenigstens einigermaßen begründen zu können.

In einem Schreiben wandte sich der Arbeitgeber-Schuhverband für das Holzgewerbe wegen des Arbeitsnachweises an das Arbeitsamt der Stadt Leipzig. Darinnen heißt es:

„Bekanntmachung herrscht auf unserm Nachweis zur Zeit Mangel an verfügbaren Arbeitsträften. Die kritische Lage der Arbeitgeber scheint nun von Arbeitnehmerseite besonders ausgeht zu werden, um diejenigen Firmen zu schädigen bzw. zu benachteiligen, die in irgendeiner Weise für die Interessen der Berufstätigen und für Wahrung der tarifvertraglichen Bestimmungen, insbesondere der Innehaltung der Lohnabkommen öffentlich eintreten.“

Die Unternehmer beschwerten sich dann darüber, daß die Anstalt von Arbeit von der Zahlung eines höheren Lohnes abhängig gemacht wird, als er tariflich festgelegt ist und daß Holzarbeiter es überhaupt ablehnen, bei bestimmten Firmen, die beim Deutschen Holzarbeiterverband in „Unnade“ gefallen sind, in Arbeit zu treten. Als Beweis hierfür wird unter anderem ein Artikel der Leipziger Volkszeitung angezogen, in dem die Firma C. F. Sievers sogar „öffentlich breitgetreten“ worden sei. Dem Schuhverband ist auch bekanntgeworden, daß von den Firmen C. F. Sievers und Hagenah und Lehmann nach und nach alle gute Arbeitskräfte weggezogen werden sollen.

Die Beschwerde des Schuhverbandes ist nicht recht verständlich, selbst wenn die Anschuldigungen alle zuträfen. Die Unternehmer vertreten doch den Grundsatz, daß die Preise aller Waren durch Angebot und Nachfrage geregelt werden müssen. Da müssen sie natürlich auch ihren Arbeitern das Recht zugestehen, die einzige Ware, die diese besitzen, die Arbeitskraft, so teuer als möglich zu verkaufen. Da müssen sie den Arbeitern weiter gestatten, ihre Arbeitskraft denen vorzuziehen, die sie nicht angemessen bezahlen wollen. Und schließlich können die Unternehmer auch nicht erwarten, daß die Arbeiter penenigen die Stiefel lassen, die sie fortgesetzt auf jede Art und Weise treten. Die Zeit, da die Arbeiterschaft sich alles bieten ließ, ist unwiderruflich vorbei.

Die Unternehmer erwarten, daß auch bei den paritätischen Arbeitsnachweisen ihre Interessen in jedem Falle gewahrt werden. Geschieht dies nicht, dann haben sie kein Interesse an der Befestigung des Arbeitsnachweises. Da möchten sie lieber die alte Zeit des Umschauens wieder haben, wo sie den Arbeitern die Bedingungen diktierten und, ungestört von Dritten, entscheiden können, wen sie einstellen wollen oder nicht.

Die Beschwerde des Arbeitgebers-Schuhverbandes richtet sich nicht gegen einzelne Mißstände, die sich etwa eingeschlichen haben könnten, sondern gegen das ganze System. Sie wollen wieder „Herz im Hause“ werden. Deshalb lehnen sie im voraus die Einberufung des Verwaltungsausschusses ab. Sie wollen keine Unterbrechung ihrer Behauptungen, wahrscheinlich weil sich da recht bald herausstellen würden, daß wirkliche Verstöße gegen die Arbeitsnachweisordnung nicht vorliegen. Damit haben sich die Unternehmer offenbar als rücksichtslose Echarfmacher. Daß sich die Holzarbeiter den Wünschen der Unternehmer fügen, ist natürlich nicht anzunehmen. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die Holzarbeiter in den härtesten Kampf treten würden, wenn es den Holzgewerbern im Holzgewerbe gelüsten sollte, ihre Absichten verwirklichen zu wollen.

Musiker.

Die Lohnbewegung der Musiker für den Bezirk Leipzig ist abgeschlossen. Die außerordentliche Musikerverversammlung am 11. 12. 21 war mit dem Errichten zwar nicht beendigt, hat jedoch die Abschlüsse der Tarifkommission angenommen; diese lauten: Gruppe I (Variete) und Gruppe II (Ensemble und Schauspieltheater) 30 Prozent auf die Tarifhöhe mit Wirkung vom 1. Dezember 21; Gruppe III (unständig beschäftigte Musiker) 30 Prozent Zulage auf die Tarifhöhe ab 15. Dezember 21. Punkt 15 des Tarifvertrages (Zulage bei auswärtigen Geschäften) schiedet vorläufig aus und unterliegt einer weiteren Vereinbarung. Die Ortsverwaltung Leipzig des Deutschen Musikerverbandes.

Die finnischen Arbeitgeber gegen den Achtundtags.

Der finnische Arbeitgeberverband wendet sich in einer Erklärung gegen die Befestigung des Achtundtages und findet eine Verlängerung der Arbeitszeit an. Es heißt in der Erklärung, daß durch den Achtundtags die Intensität der Arbeitsleistung zurückgegangen sei und die große Konkurrenz eine Verlängerung der Arbeitszeit sehr erwünscht mache.

Neue Streitfrage im schwedischen Bergbau.

Die Bergarbeiterverbände haben die Bedingung der Bergwerksbesitzer, daß der neue Tarifvertrag, der auf einer Erhöhung der Arbeitsleistung um 20 Prozent beruhen soll, bis zum 1. Februar abschließen ist, nicht angenommen. Die Organisation der Bergwerksbesitzer erklärte daraufhin, daß sie in diesem Falle ihre der Forderung gegenüber abgegebene Zugagen nicht mehr aufrecht erhalten können und sich nur an die frühere Vereinbarung halten könne. Dadurch hat die Lage eine neue wesentliche Verschärfung erfahren.

Der Stand der Valuta.

Amthche Mittagstulle.

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	10. 12. 21	12. 12. 21
	Markt		
1 amerikanischer Dollar	4.12	187.31	185.53
1 englisches Pfund Sterling	20.43	769.20	589.30
100 holländische Gulden	169.00	6788.25	6143.85
100 schwedische Kronen	112.50	4520.45	4070.90
100 Schweizer Franken	81.00	3621.35	3248.75
100 französische Franken	91.00	1459.50	1388.05
100 belgische Franken	91.00	1893.60	1288.70
100 italienische Lire	91.00	819.15	759.20
100 deutsche Österreich. Kronen	85.00	6.93	6.93
100 scheidowatsche Kronen	—	215.75	202.75
100 ungarische Kronen	—	24.57	28.72

Die Schlusskurse im Freibrief notierten ein weiteres Weichen des Dollars. Er ging auf 185 zurück.

Heutiger Vormittagskurs.

Vormittags 11 Uhr: Ein Dollar = 175,5 Mt.

Von Nah und Fern.

Eine Dampfabrikt niedergebrannt.

Bilke, 11. Dezember. Eine Feuersbrunst hat gestern einen großen Teil der auf dem Gebiet von Roubatz bestehenden Dampfabrikt vernichtet. Trotz der raschen Ankunft der Feuerwehr hat das Feuer sich auf drei Räumlichkeiten ausgebreitet, wo das ganze Material und das Mauerwerk vernichtet wurde.

Gasfisten als Verelagerer.

Cremona, 12. Dezember. Ein Automobil mit vier Insassen wurde von mehreren Personen angehalten. Diese schlugen mit Stöcken auf die Insassen ein, von denen einer getötet wurde. Nach Blättermeldungen waren die Täter Gasfisten.

Erdbeben in Japan.

London, 10. Dezember. Aus Washington wird gemeldet: Die japanische Botschaft hat Berichte erhalten, wonach Tokio von einem Erdbeben heimgesucht wurde, wie es in solcher Stärke seit zwanzig Jahren nicht vorgekommen ist. Eine Anzahl Personen wurde verletzt, zahlreiche Häuser wurden beschädigt.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil.

Heinrich Klehner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inzeratenteil:
Friedrich Bille, Vorodorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

MODELLHAUS
JORDAN & Co
LEIPZIG PETERSTR. 28
Leistungsfähigstes Spezialhaus für Herrenmodewaren, Handschuhe, Strümpfe

Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstraße 7 — Am Königsplatz

Der beste Harry Piel-Film, welcher jemals erschienen ist.

HARRY PIEL



IN:
DER FÜRST DER BERGE

Deutschlands beliebtester
Abenteurer-König!

Enthusiastische Aufnahme
fand der weltberühmte, auch in
Leipzig so viel gefeierte

König der Sensationen

Harry Piel

In seinem ersten Filmwerk der Saison 1921/22

Der Fürst der Berge

7 ganz grosse Akte **7** ganz grosse Akte
Das grösste Sensations-Abenteuer aller Zeiten

Ausser Harry Piel wirken noch folgende Künstler mit:
Sascha Gurra, Marja Asti, Alfred Kühne, Charly Berger, Fr. Russ, Kurt Matthie.

Besondere Bewunderung werden noch die Aufnahmen aus:
Spanien, Portugal, Holland, Nordafrika und dem Mitteländischen Meere

erregon. Die Ausreise erfolgte auf dem eigens für diese Expedition gecharterten Dampfer „Lena“ der Deutschen Seefilm-Veranst.-Ges. Hamburg. Der Film läuft zu gleicher Zeit in 2 führenden Theatern Leipzigs.

Einlaß 3¼ Uhr :: Beginn 4, 6, 8¼ Uhr

Königs-Pavillon

Promenadenstr. 8 / Teleph. 19271

Nur bis 15. Dezember

Die Karin vom Ingmarshof

der neueste Svenskfilm, nachgeformt nach einem Kapitel aus „Jerusalem“ dem weltbekanntesten Roman der Selma Lagerlöf, große packende Volkstragedie in 5 Akten

Hier eine Leipziger Pressstimme über Karin:
Man hat in der letzten Zeit so manchen schwedischen Film gesehen, und bei jedem dieser Werke konnte man feststellen, daß die schwedischen Filmleute ihre Sache auszeichnen verstehen. Auch der Film **Die Karin vom Ingmarshof** ist eine neue vorzügliche Leistung nordischer Filmkunst. Das Werk ist nach einer Novelle von Selma Lagerlöf bearbeitet und weist eine packende Handlung auf, ohne aber auf den sogenannten Geschmack des Publikums zu spekulieren. Der Film ist reich an schönen stimmungsvollen Bildern und zeigt namentlich eine Reihe herrlicher Naturbilder. Die Darstellung ist schlechthin vollendet, an der Photographie ist nichts auszusetzen. Wer sich von den künstlerischen Möglichkeiten des Filmes überzeugen will, möge sich diesen prächtigen Film ansehen.

Hierzu:

Wanata oder Die Jagd nach dem Dollar

Ein spannendes Erlebnis aus Alaskas eisiger Wunderwelt in 5 Akten.

Prachtvolle Szenarien in noch nie gesehener Kampf mit der gewaltigen Natur — der furchtbaren Stromschnellen.

Hauptrollen:

**May Manton - May Allison
Bill Brown - Karoy Lookwood**

Wochentags Einlaß 4 Uhr

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt Telephon 19850

Nur bis 15. Dezember

Ist das kostbarste Filmwerk aller Zeiten in unseren Kasino-Lichtspielen zu sehen und das ist und bleibt nur allein:

Die Bettlerin von Stambul

Liebesglühender Herzensroman in 7 wichtigen Akten mit Priscilla Dean u. Wallace Berry.



Bei ihrem einzigartigen Siegeszug durch die ganze zivilisierte Welt — von Amerika ausgehend — schwärmten alle Kritiker in Tönen höchsten Lobes von diesem Wunderwerk! Es ist aber auch, als hätten sich alle guten Geister vereinigt, um eine Bildersymphonie zu schaffen, wie sie zum zweiten Male nicht entstehen kann: Amerikas beste Regisseure, schönste Frauen u. vollkommenste Darsteller geben sich hier ein Stellcheln um Erhabenes und Gewaltiges zu schaffen.

Hierzu die Lachmuskeln kitzelnde famosere amerikanische zaktige Burleske

Joe Martin der Missetäter.

Ferner die so beliebt gewordenen **Konzert-Einlagen.**



Ein jeder liebt die

Cocos Pflanzenbutter MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
E.A. Jaserstedt A.G.
Eberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Vertretung u. Fabriklager. **Alfred Neubauer**
Leipzig, Gabelsbergerstrasse 1 — Telephon No. 5587.

Billige

Herren-Garderobe

Großer Gelegenheitskauf für Herren, Jünglinge und Knaben. Teilweise weit unter heutigem Preis! Habe einen großen Restposten neue

Schlüpfer / Ulster / Paletots / Anzüge. Culaways / Hosen / Winter-Joppen aufgekauft und verkaufe diese einzeln auffallend billig.

Konfirmanden-Anzüge

Bittte um Besichtigung, ohne Kaufzwang!

J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et. „Kein Laden..“

Seit 41 Jahren bestehend. Bis Weihnachten Sonntags geöffnet!

Skatspieler finden ab 2 Uhr Anschluß. **W. Schäfer, Berliner Str. 28.**



Wohin so schnell!
zum Verkauf meiner Juwelen, Brillanten, Gold-Platin- und Silbergegenstände. In der Juwelen- und Goldwarenfabrik **G. JENTZSCH Nachf.** Katharinenstr. 22. Rechtsstr. 19 Hof 1, Im Hause der Tabernakel Tel. 16048.

Lichtspiele

Zschocher

Telephon 40980 Inhaber: M. Raschke. Ab Dienstag bis Donnerstag

Bruno Kastner

Der Silberkönig. III. Teil

Claim 36

Sensationsfilm in 6 Akten.

Die Kette der Schuld

Großer Abenteuerfilm in 5 Akten.

Hauptrolle: **Violetta Napierska.**

Erstklassig. Künstler-Sextett.



Pogauer Str. 12a, am Kreuz. Fernr. 36107

Größtes und vornehmstes Theater des Südens

Ab heute! Das Tagesgespräch Leipzigs.

Der größte Film der Gegenwart.

Lady Hamilton

Liebe und Leben der Lady Hamilton Lord Nelsons letzte Liebe.

Hauptrollen: **Liane Hald, Reinhold Schünzel, Conrad Veldt, Gertrud Welker.**

Außerdem ein reichhaltiges Belprogramm.

Voranzeige! Ab Freitag, dem 16. Dezember Das große Ereignis **Trik Track.** Film-Operette in 6 Akten.

Gut durchhelzte Theaterräume

Noch die spottbilligen Preise. — Noch größte Auswahl

Wachstuche

für Küche ab 16 Wfl. Tischdecken (besteht) ab 42 Wfl. Markttafeln, Wappen Betteneinlagen

Tapeten

weit herabgesetzt enorm billig

Bernh. Nestler

Eisenbahnstraße 99 an der Elbtalstraße.

Revolutionäre Theaterstücke

Humoristische Parodieen Pieder-Selbstspiele Politische Complots Auswahl zu Diensten!

Tombolen

in jeder Preisliste sowie alle Feld- u. Langartitel

Bereinsabzeichen.

Alfred Jahn

(Heinrich Lutzmeyer)

Reizsig. Elisenstraße 30

Kataloge zu Diensten.

Tapeten Rolle von 1.50 an

Porte Meter von 10 Wfl. an

Puppenstuhntapeten m 25 an

Wachstuche m 75 Wfl.

Wachstuche 1 Wfl. 45.-

Dominowiel 1.-

100 Neujahrsk. u. Umhül. 6.-

Günstige Eintausenquelle für Tombolen.

Rich. Körner

Elisenstraße 54

Ede-Körnerstraße

Kein Laden!

Weinbrand-

Berkschnitt, 1/2 Liter 39.-

Jamaica Rum

Berkschnitt, vors. 1/2 Lit 52.-

empf. in anerkannt gut. Qual.

L. O. Kaspar Nachfolger

S.-Magwib, 3140erstraße 51c. 30

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. Dezember.

Parlamentsangelegenheiten.

Sitzung der Stadtverordnetenfraktion.

Mittwoch, nachmittags pünktlich 1/2 5 Uhr, in Zimmer 300 im Rathaus; Fraktionsfrühung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig.

Gewerkschaftsfunktionäre. Freitag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Großer Saal, Vortrag des Genossen Kuhfänger-Berlin: Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften. Zutritt nur gegen Abgabe der Delegiertenkarten für Funktionärsitzung, die den Verbänden vom Kartell zugestellt sind.

Kartelldelegierte. Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Volkshaus, Zimmer 9. Tagesordnung: 1. Erhöhung des Kartellbeitrages. 2. Volkshausbeitrag.

Kartellversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Gewerkschaftsfest. 2. Berichte.

Die Versammlung der Gruppenräte aller Industriezweige, die für Freitag, den 16. Dezember, angesetzt war, fällt aus.

Die Eingemeindung.

Nachdem auch die Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft der Eingemeindung der vier Vororte nach Leipzig unter dem Rat der Stadt beschlossenen Bedingungen zugestimmt hat, haben nur noch die Stadtverordneten von Leipzig ihre Zustimmung zu geben. Voraussetzungen werden auch diese am Mittwoch zu stimmen, so daß es dann nur noch auf die letzten Formalien ankommt. Es kann nach alledem damit gerechnet werden, daß die Eingemeindung am 1. Januar 1922 erfolgt.

Mit der Eingemeindung gewinnt Leipzig nach dem Stand von 1920 berechnet 31 370 Einwohner und 1978 Hektar Land. Durch die Einverleibung von Großhüsch-Windorf wird die Reichsfläche der Stadt um 778 Hektar (ohne Gutsbezirk), die Einwohnerzahl um 7191 (1920), durch die von Leutzsch die Fläche um 870,58 Hektar, die Einwohnerzahl um 12 980 (1920), durch die Einverleibung von Paunsdorf die Fläche um 202 Hektar, die Einwohnerzahl um 5648 (1920) und durch die von Wahren die Fläche um 310,14 Hektar und die Einwohnerzahl um 7551 (1920) erhöht.

Die Gemeindevorstellungen der Vororte haben, wie das selbstverständlich ist, für die Übernahme besondere Wünsche geäußert und auch Bedingungen gestellt. Die Gemeindebeamten werden von der Stadt übernommen, mit jedem der Gemeindevorstände ist ein besonderer Vertrag abgeschlossen worden. Bei der Eingemeindung aller Vororte muß die Stadtgemeinde in die mit der Thüringer Gasgesellschaft tausenden Verträge eingetretet. Da die Stadtgemeinde lediglich Rechtsnachfolgerin der Vororte ist, muß sie die Bestimmungen dieser Verträge so übernehmen, wie diese abgeschlossen sind; Änderungen können rechtlich nicht erzwingen werden.

Weiter hat die Stadt allen Gemeinden zugestanden, daß die von ihren Sparkassen auf Grundstücke im eigenen Orte ausgesetzten Hypotheken bei Befassung des gegenwärtigen Zinsfußes während der nächsten 5 Jahre unkündbar stehen bleiben sollen unter der Voraussetzung, daß kein Wechsel im Eigentum eintritt und pünktliche Zinszahlung erfolgt.

Die Stadt hat auch allen Gemeinden zugestanden, den Wohnungsbau nach den vorhandenen Möglichkeiten zu fördern. Inwieweit die Verträge mit den einzelnen Gemeinden schriftlich der Rat.

Die Gemeinde von Großhüsch macht besondere Wünsche wegen ihrer Schule geltend. Diese dient wegen Mangels an geeigneten Räumen im Rathaus zum Teil auch Verwaltungszwecken. Dem Wunsch der Gemeinde, einzelnen gemieteten Einrichtungsgegenständen zum vorübergehenden Gebrauch überlassene Räume auch ferner für diese Zwecke zur Verfügung zu halten, haben wir entsprochen. Ferner hat die Gemeinde Großhüsch in beschränktem Umfang eine Lernmittelfreiheit in ihrer Volksschule eingeführt und ist zu diesem Zwecke einer aus mehreren Gemeinden bestehenden Einkaufsgenossenschaft auf Kündigung beigetreten. Wir können in dieser Beziehung in Großhüsch nicht andere Grundzüge, als in den Leipziger Schulen, anwenden und haben deshalb in den Vertrag hierüber nichts aufgenommen.

Nicht ungerechtfertigt erschien uns ferner die Forderung der Gemeinde Großhüsch-Windorf, die Hauptstraße bis zur Grenze von Kleinhüsch in 10 Jahren bauordnungsmäßig herzustellen, zumal diese Straße durch den Verkehr außerordentlich in Anspruch genommen wird.

Besonderen Wert hatte die Gemeinde auf Herstellung einer zweiten Verbindungsstraße nach Schleußig und die Anlage einer Vorortkutschleise gelegt. Infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse waren wir jedoch nicht in der Lage, die Erfüllung dieser Forderung zu versprechen, sondern konnten lediglich Entgegenkommen nach Maßgabe der Verhältnisse und innerhalb der Grenzen der vorhandenen Mittel zusagen.

Von der Gemeinde Leutzsch waren zunächst ziemlich hohe Forderungen an die Stadt für den Fall der Einverleibung gestellt worden. So wurde namentlich die Anlage einer hochwasserfreien Straße zwischen Leutzsch und Wahren mit einer Ueberbrückung der Plutrinne sowie die Durchführung der Leutzscher Allee nach dem Rosental bis zum nördlichen Ausgang der Waldstraße und die Einlegung von Straßenbahnlinien in beide Straßen verlangt. Wir waren natürlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in der Lage, auf diese Bedingungen einzugehen, doch haben wir, da für die Einwohner von Leutzsch und Wahren ein dringendes Bedürfnis besteht, daß ein zu jeder Jahreszeit begehbarer Weg zwischen beiden Vororten vorhanden ist, der Gemeinde Leutzsch die Zusage erteilt, im Zuge des Buchwegrings (westlich des Luna-Parks) einen hochwasserfreien Fußgängersteig über die Plutrinne unter der Beteiligung der Gemeinden Wahren und Böhlitz-Ehrenberg an den Herstellungskosten zu errichten.

Ein weiteres nicht unerhebliches Zugeständnis wurde der Gemeinde Leutzsch in bezug auf die Lieferung von elektrischer Kraft durch den Gemeindevorstand Leipzig-Land gewährt.

Ferner wurde von der Gemeinde Leutzsch zunächst noch eine bedeutende Verbesserung der elektrischen Bahnverbindungen gefordert. So sollte entweder eine Linie vom Straßenbahnhof in Leutzsch nach dem Westende der Barnecker Straße und durch diese hindurch nach dem Rathaus und nach der Gundersorfer Straße geführt oder die Benutzung der Außenbahn innerhalb des Gebietes von Leutzsch zu den Preisen der städtischen elektrischen Straßenbahn durch Verhandlungen erreicht werden, und schließlich wurde auch auf eine bessere Verbindung von Leutzsch nach Großhüsch gedrungen, da hier die gegenwärtigen Verhältnisse ein zweifaches Umsteigen erfordern. Die Erfüllung der beiden ersten Wünsche mußten wir ohne weiteres ablehnen, dagegen halten wir die letzte auch von Großhüsch erhaltene Forderung einer besseren Straßenbahnverbindung zwischen diesen beiden Orten für durchaus gerechtfertigt.

Zu dem Ortsgesetz über die Eingemeindung von Paunsdorf schreibt der Rat:

Daß die bestehenden Wohlfahrtsanstalten von Paunsdorf keine Einschränkung erfahren, erschien in Rücksicht auf die wertvolle Bevölkerung nur selbstverständlich.

Ebenso meinten wir bei den Wünschen Paunsdorfs, betr. die Pflanzung der Meißner Straße und die Herstellung der Hauptstraße Entgegenkommen zeigen zu müssen, da diese Arbeiten durchaus im Rahmen der Aufgaben liegen, an deren Lösung die Gemeinde auch ohne eine Einverleibung herangegangen sein würde.

Die Bedingung binnen 3 Jahren nach der Einverleibung in der Nähe des Wasserturms in Paunsdorf ein mit einem Spielplatz verbundenes Licht- und Luftbad zu errichten, sofern für die Herstellung der Zugänge und für Entwässerung erhebliche Beträge nicht notwendig seien, hielten wir auch nicht für unbedeutend, zumal gerade von der Gemeinde Paunsdorf keine besonderen und die Stadt belastenden Forderungen gestellt worden sind.

Von der Gemeinde Wahren war vor allem die Forderung erhoben worden, in Wahren ein Volkshaus zu errichten. Diesem Verlangen konnten wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich entsprechen, und die Gemeinde Wahren beschloß sich schließlich mit der Vergrößerung des jetzt bestehenden Volkshaus durch Hinzunahme von 2 Wannen- und 4 Brausebädern, sofern die Bedürfnisse dieses Ausbau erfordern würden.

Ein weiteres Verlangen von Wahren, bis zum Jahre 1925 eine neue Kinderbewahranstalt zu errichten, mußte gleichfalls abgelehnt werden. Dagegen soll bis zu diesem Zeitpunkt das Gemeinhaus in Wahren zu diesem Zwecke ausgebaut werden, falls die Notwendigkeit hierfür vorliegt.

Die Forderung der Gemeinde Wahren, daß eine hochwasserfreie Verbindungsstraße nach Leutzsch angelegt werde, hat sich durch das bereits der Gemeinde Leutzsch gemachte Zugeständnis, einen hochwasserfreien Fußgängersteig über die Plutrinne anzulegen, erledigt.

Die an sich nicht unbedeutende Forderung der Gemeinde, daß von den Einwohnern Wahrens für die Benutzung der Außenbahn vom Stadtkern bis zur Grenze von Wahren der gleiche Preis zu entrichten sei, welcher von der städtischen elektrischen Straßenbahn für Fahrten im Stadtgebiet gefordert wird, konnte von uns nicht erfüllt werden, da von der Direktion der Außenbahn eine Einwilligung hierzu nicht zu erreichen war.

Erhöhte Fürsorgefälle.

Der Antrag der MSP, die im September errechneten Fürsorgefälle um 50 Prozent zu erhöhen, wurde am 18. November einstimmig vom Stadtverordnetenkollegium angenommen. Diesem Antrag ist nicht voll entsprochen worden, die Erhöhung beträgt nur 33 Prozent. Auf jeden Fall muß aber gefordert werden, daß die Fürsorgeempfänger diese Sätze bekommen. Vor allem müssen den Distrikten Anweisungen gegeben werden, daß sie von sich aus die Unterstützungssätze nachprüfen und entsprechend erhöhen und zwar sofort. Da täglich neu festgestellt werden muß, daß die Pfleger ihre eigene Berechnung für Unterstützungssätze haben, denen sie allerdings ihre eigene Lebenshaltung nicht zugrunde legen, so muß eine scharfe Kontrolle durch das Fürsorgeamt durchgeführt werden. Es gibt eine außerordentlich große Zahl Pfleger, darunter auch Prediger der christlichen Nächstenliebe, die das Vertrauen ihrer Pflöglinge nicht besitzen und die sich darum gefallen lassen müssen, wenn Anträge auf Erhöhungen oder außerordentliche Beihilfen von dritter Seite kommen. Nach der Berechnung des Fürsorgeamtes werden zur Bestreitung des unbedingt Notwendigen für den Lebensunterhalt von einem Mann wöchentlich 80 Mark, von einer Frau wöchentlich 70 Mark, für ein Kind im Alter von 6 bis 18 Jahren werden 52 Mark, und für ein Kind bis zu 6 Jahren werden 35 Mark gebraucht. Man braucht nur auf die hohen Milchpreise hinzuweisen, um sofort zu erkennen, daß diese Sätze völlig unzureichend sind. Deshalb muß verlangt werden, daß, vor allem in den Fällen, wo Säuglinge und Kleinkinder in Frage kommen, die Bedarfssätze überschritten werden müssen.

Dilettanten und Schwärmer.

Die L. N. R. geben sich jetzt täglich die größte Mühe nachzuweisen, daß die Verbrecher, die den Kapp-Putsch inszeniert haben, eigentlich die einfältigsten Menschen der Welt gewesen seien. Es hätte sich um Dilettanten und Schwärmer gehandelt. Am Montag hätte die Verhandlung vor dem Reichsgericht einen Einblick in den geradezu überwältigenden politischen Dilettantismus der Kappleute gewährt. Der eine Zeuge hätte die unglaublich politische Unzulänglichkeit des Kappregimes enthielt.

Man weiß, was damit bezweckt wird. Der „Dilettantismus“ der Kappleute hat damals Tausende von Menschen das Leben gekostet! Es sind Schwerverbrecher, die zu dem „Kappverbrechen“ gehören. Und sie wußten schon, was sie taten. Die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Blätter vom Schlege der L. N. R. standen damals auf dem Sprunge, gemeinsame Sache mit diesen „Dilettanten und Schwärmer“ zu machen. Die Arbeiterklasse durchkreuzte nur den Versuch, zum alten System zu gelangen. Wäre der Coup gelungen, dann hätten die L. N. R. die Kapp und Konforten vom März 1920 bis zu einem neuen erfolgreichen Umsturz in unzähligen Zeitartikeln als große Staatsmänner gefeiert, und sie hätten den Putsch als rettende Tat überherrlicht. Dann hätten die L. N. R. in Kappismus und Monarchismus gemacht, genau so wie sie sich seither bereit erklärten, dem Leipziger A. und S. Rat täglich eine Beschlagnahme zur Verfügung zu stellen. Es ist also ein unaufrichtiger Mandat, das die L. N. R. jetzt zur Reinwaschung der Tagewörter und Genossen unternehmen.

Das Zeitungspapier erhält das Ausland.

Die Papierfabriken geben den deutschen Zeitungen nur ein geringes Quantum Papier ab. Sie liefern dafür das Papierleber nach dem Auslande. Der deutschen Presse gegenüber wird — Kohlenmangel vorgeschützt. So teilt der Chemnitzer Volksstimme der Fabrikarbeiterverband, Zahlstelle Wundheim mit, daß ihm von einem teilweisen Stillstand der Firma (Papierfabrik) Köhler u. Neihammer nichts bekannt sei. „Es besteht wohl eine Kohlenknappheit, aber zum Stillstand ist es in letzter Zeit nicht gekommen. Daß der Inlandsbedarf nicht gedeckt wird, können wir nicht verstehen, wenn man sieht, wie jährlich große Mengen Druckpapier nach dem Auslande gehen. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese Herren durch eine Kohlenknappheit ihre gutloshen Auslandsaufträge gefährdet sehen und so in der Zeit dagegen mobil machen.“

So spielen die Papierfabrikanten mit der deutschen Presse Schindluder. Und die deutsche „Regierung“, in der sich auch „Sozialisten“ befinden, greift nicht ein; sie überläßt die deutschen Blätter ihrem Schicksal. In dem sogenannten „demokratischen“ Deutschland herrschen allein die Besitzer der wirtschaftlichen Wirtschaft.

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig im Monat November 1921.

Mit dem aus dem Vormonat übernommenen Reste von 4011 Arbeitsuchenden waren 15 882, 11 974 männliche und 3908 weibliche (im Vormonat 16 503), eingeschriebene Stellenanwärter vorhanden; den Männern konnten 9563 (9250) und den Frauen 3460 (3958), zusammen 13 023 (13 188) offene Stellen angeboten werden. Eingestellt wurden 8081 (8179) männliche und 2853 (3276) weibliche Bewerber, zusammen 10 934 (11 449). Nach auswärts wurden 215 männliche und 36 weibliche Arbeitskräfte vermittelt. Hauptunterstützungsempfänger waren in der Woche vom 20. bis 26. November noch 2263 Männer und 566 Frauen vorhanden. Das Ge-

amtsbild der Arbeitsmarktlage kann noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, abgesehen von den Bezirken, in denen die Arbeitslosigkeit vom Wetter abhängig ist. Die Fachabteilung für das Baugewerbe befehlt noch 868 Stellen, eine größere Zahl von Arbeitskräften, rund 500, mußte infolge des Frostwetters mit der Arbeit aussetzen. Im Dachdecker- und im Ofenheizergewerbe herrscht noch Mangel an Facharbeitern, von 33 Stellen für Dachdecker konnten nur 14 und von 44 für Ofenheizer nur 16 besetzt werden. Die Ofenheizer suchen seit Ende November wegen höherer Lohnforderung im Streik. Von Steinhebern wurden 36 eingestellt, 67 wurden infolge Frostwetters entlassen. Von 285 arbeitsuchenden Wasserhebern konnten nur 152, davon 6 nach auswärts, in Stelle gebracht werden. Das Buchbindergewerbe ist weiter gut beschäftigt; von 96 angeforderten männlichen Facharbeitern konnten 60 und von 160 weiblichen nur 168 gestellt werden. Für das Wägen- und Konditorengewerbe wurden von 160 Arbeitsuchenden 82, davon 50 in Ausschiffstellen, vermittelt. Die Konditoren stehen wegen höherer Lohnforderung im Streik. Von 258 arbeitslosen Fleischer wurden 22 fest und 178 ausbittweise eingestellt. Das Gastwirts- und Metzgergewerbe benötigte 635 männliche Arbeitskräfte, davon für Ausschiffe 533. In der Holzindustrie ist die Arbeitsmarktlage weiter gut; 627 männliche Arbeitskräfte wurden angefordert und 535 gestellt. Der Bedarf an 163 weiblichen Arbeitskräften wurde restlos gedeckt. Von 370 kaufmännischen männlichen Angestellten und 167 weiblichen wurden 153 bzw. 123 in Stelle gebracht. Für die Metallindustrie blieb die Vermittlungstätigkeit weiter reger; von 1381 offenen Stellen für männliche Personen konnte 1425 und von 182 für weibliche 157 besetzt werden. Das Kleidergewerbe forderte mehr Facharbeiter als als vermittelt werden konnten und das Sattlergewerbe stellte sämtliche Arbeitsuchende, 28 männliche und 5 weibliche, ein. Dem Musikernachweis wurden 1191 Arbeitsgelegenheiten gemeldet, die er restlos vermittelte. Der Fachabteilung für das Schneidergewerbe wurden 130 Stellen für Gehilfen gemeldet, 17 konnten nur vermittelt werden; von 102 weiblichen Arbeitsuchenden erledigt 63 Stelle. Von 47 arbeitsuchenden Schuhmachern konnte 29 Stelle nachgewiesen werden. Die Textilindustrie stellte 336 weibliche und 132 männliche Arbeitskräfte ein, sie war demnach noch gut beschäftigt. Die Abteilung für Bühnengeschäftliche vermittelte von 86 männlichen und 21 weiblichen Arbeitslosen 12 bzw. 7 meist Ausschiffstellen. Die Fachabteilung für die Landwirtshaft hatte 87 Vermittlungsaufträge für männliche Personen, von denen 72, und 47 für weibliche, von denen 18 erfüllt wurden. Die Abteilung hatte einen starken Zugang an arbeitslos gemeldeten Friedhofs- und Gartenarbeiterinnen, für deren Unterbringung auch die allgemeine weibliche Abteilung bemüht ist. Die aus Ostpreußen zurückgekehrten und 250 landwirtschaftlichen Sommerarbeiter nahm die Industrie fast restlos auf. Die Arbeitsvermittlung für ungelernete Arbeiter war recht lebhaft; die allgemeine männliche Abteilung vermittelte 1399, die männliche Jugendabteilung 312, die Abteilung für Hilfsarbeiter im Handels- und Transportgewerbe 379, die allgemeine weibliche Abteilung 864 und die weibliche Jugendabteilung 228 Arbeitskräfte. Die Sonderabteilung für Hausangestellte befehlt von 448 offenen Stellen 178 und der Abteilung für Erwerbsbeschränkte gelang es, von 388 Arbeitsuchenden 49 in Stelle zu bringen. Durch die Winterfürsorge wurden von 43 Arbeitsuchenden 12, davon 2 nach auswärts und 9 in Ausschiffstellen vermittelt.

Reinigt und bestreut die Fußwege! Das Wohlfahrtsamt schreibt uns: „Die bei Schneefall und Frost auf den Fußwegen entstehende Winterglätte bedeutet eine schwere Gefahr insbesondere für alle die Kriegesbeschädigten, die schwere Beinbeschädigungen haben. Die für die Reinigung und Bestreuerung der Fußwege Verantwortlichen werden deshalb zur strengen Beobachtung der darüber erlassenen gesetzlichen Bestimmungen erneut angehalten und darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufsichtsbearbeiter zur strengen Aufsichtsführung und zu unachtsamem Einschreiten bei festgestellten Zuwiderhandlungen angewiesen worden sind.“

Die Befreiung von der Angestelltenversicherung. Man schreibt uns: Die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung kann nach der im November durch den Reichstag verabschiedeten Novelle zum Angestelltenversicherungs-gesetz stattfinden, wenn der Antrag auf eine Lebensversicherung bis zum 10. Juni 1921 gestellt war. Bis her schon auf Grund einer früheren Lebensversicherung oder aus einem andern Grunde befreit war, aber weniger Prämie bezahlt als sein Beitrag für die Angestelltenversicherung nach dem Gesetz vom 23. Juli 1921 betragen würde, kann bis zum 31. Dezember 1921 eine Nachversicherung beantragen und sich auf Grund dieser befreien lassen. Ebenso kann derjenige, der bis zum 10. Juni 1921 zwar eine Lebensversicherung beantragt hatte, die Prämie aber zu niedrig erwählt hatte, noch bis zum 31. Dezember 1921 eine Nachversicherung beantragen, um auf Grund derselben die Befreiung von der Angestelltenversicherung zu erwirken. Den in Betracht kommenden Angestellten ist zu empfehlen, solche Versicherungen bei der Sozialfürsorge abzuschießen. Nachversicherungen können auch dann bei der Sozialfürsorge beantragt werden, wenn der frühere Antrag bei einer andern Gesellschaft gestellt war. Man wende sich an die Rechnungsstelle der Sozialfürsorge in Leipzig, Zeiger Straße 22, Saalbau, Zimmer 14.

Wohntenkarten für die Nachtarbeiter. In der vorliegenden Ausgabe gibt die Große Leipziger Straßenbahn bekannt, daß Bediente für Entnahme von Wohntenkarten für solche Arbeiter, die regelmäßig nachts beschäftigt sind, in den bekannten Verkaufsstellen bereitgehalten werden.

Grundstücksverkäufe in Leipzig. Im November 1921 fanden 131 Verkäufe von bebauten Grundstücken (Raumsumme 24 102 341,57 Mark) und 13 Verkäufe von unbebauten Grundstücken (610 533,51 Mark) statt.

Die Feuerungszuschüsse zu den Renten der Schwerkrankenbeschädigten betrifft eine amtliche Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer, auf die besonders hingewiesen wird.

Die Reichstagsverhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen endgültig geschlichtet. Der Leipziger Ärzteverband hat den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch über das Arzthonorar abgelehnt, die Krankenkassenverbände haben dagegen den Schiedsspruch angenommen. Damit ist der bisher laufende Tarifvertrag aufgehoben. Die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen bleibt nunmehr, wie früher, der örtlichen Vereinbarung überlassen.

Zur Förderung des Weihnachtspostverkehrs werden die Paketannahmestellen bei den Leipziger Postämtern, soweit sie überhaupt an Sonntagen offengehalten werden, Sonntag, den 18. Dezember, von 8 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 11 bis 1 Uhr mittags geöffnet sein. Ferner werden bei den Paketannahmestellen der Leipziger Postämter Pakete ausgegeben werden am 25. Dezember von 8 bis 12 Uhr, am 26. Dezember von 8 bis 9 1/2 Uhr vormittags.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut. Zu der Vorstellung: Kaba le und Liebe (Bezirk Osten 20 001—22 000), die morgen abend 1/8 Uhr im Allen Theater stattfindet, sind noch Karten eine Stunde vorher im Hotel Victoria, Restaurant, zu haben.

Arbeiter-Epigrammen Leipzig. Volkshaus, Donnerstag, den 15. Dezember spricht ein schwedischer Genosse, darauf Versammlung der Mitglieder von Sat. Donnerstag, den 22. Dezember, Vortrag eines spanischen Genossen.

Sozialistische Proletariatsjugend L. Stätterig. Morgen Mittwoch (nicht Donnerstag), abends 1/8 Uhr, findet der 5. Lichtbildervortrag in der Turnhalle der 28. Volksschule statt. Am

Sonntagsabend in der Bibliothek des Ortsvereins. Beginn 8 Uhr.

Wollschere auf der Freibank. Freibank I: 4701 bis 5000 und I bis 1700. Freibank II: 101 bis 2000 und I bis 100. Dann Verkauf ohne Marken.

Lebensmittellieferanten für Mittwoch, den 14. Dezember.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Wollschere für Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalide auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegerversorgung ausgestellte Bezugskarten Buchstaben N-O in der Markthalle, Galerie, Stand 150. Jede Kriegsbeschädigte und jede Kriegsinvalidenfamilie erhält eine halbe Wollschere (inkl. Wäsche 3 Pf.) zum Gesamtpreis von 15 Mk.

Aus der Umgebung.

Unpünktlichkeit im Zugverkehr.

Ein Muster von Unpünktlichkeit ist der Zeitverarbeiter, der früh 6,18 Uhr durch Leubitz zum Hauptbahnhof fährt. Jeden Tag kommt er mit einer Verspätung von 15 bis 45 Minuten in Leubitz an. Auf Befragen nach dem Grund der Verspätung wird erklärt, daß auf jeder Station Güter verladen werden müssen, wodurch die Fahrzeiten nicht einhalten werden könnten. Ist es unbedingt notwendig, daß die Güter mit Personenzügen befördert werden müssen, mit denen die Arbeiter, die an eine bestimmte Arbeitszeit gebunden sind, zur Arbeitstätte fahren?

o. Thetia. Aus dem Gemeinderat. Bei der hiesigen Sparte wurden im Monat November 88 740,59 Mark eingezahlt und 78 801,20 Mark ausgezahlt. Bei der Witteklasse wurden im selben Monat 1 648 831,27 Mark eingezahlt, davon 701 210,08 Mark bargeldlos und 947 621,19 Mark ausgezahlt, davon 478 652,27 Mark bargeldlos. Die Gemeinderrechnung von 1919/20 weist eine Einnahme von 544 578,90 Mark und eine Ausgabe von 486 236,75 Mk. auf, so daß ein Kassendefizit von 58 342,05 Mark vorhanden ist. Die Vermögenssumme beträgt 364 898,69 Mark und die Schuldsomme 262 293,73 Mark, so daß ein Vermögen von 102 604,96 Mark vorhanden ist. Das gesamte Rechnungswert ist vom Verbandsrat geprüft worden. Hierauf erfolgte die Abrechnung. Der Finanzausschuß soll noch eine sachliche Prüfung der einzelnen Kapitel des Rechnungswertes vornehmen und dem Gemeinderat berichten. Der Laternenwartposten wird Herrn Meiß übertragen, als Bezahlung sollen die Tarifsätze der Gemeindefacharbeiter gewährt werden, bei Berechnung von täglich 2 Stunden. Um dem geraden wirtlichen Zustand auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge zu steuern, wird einstimmig beschlossen, die Zeichnungen von vier Häusern mit 24 Wohnungen anfertigen zu lassen, dieselben sollen die Aufbringung der Mittel geregelt ist, im kommenden Jahr hergestellt werden. Für erwerbsunfähige, vorbildlose, arme Einwohner, werden abwärts 5000 Mark bewilligt. Verschiedenen Anträgen betr. Erwerbslosenfürsorge wird zugestimmt. Der Bezirksrat soll von jezt ab 22 Mark pro Person betragen, gegen die Stimmen von zwei Hausbesitzern und zwei Wandwörtern wird ein Ortsrat, welches die Übernahme der Beerdigungskosten auf die Gemeindefache betrifft, angenommen. Dasselbe tritt nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde sofort in Kraft. Für Ausschüssearbeiten bei der Gemeinde sollen den Arbeitlosen pro Stunde 8 Mark gezahlt werden. Der Sonntagsgewerkschaft werden 50 Mark Beihilfe gewährt. Zugestimmt wird der Anschaffung von 15 Stühlen für das Sitzungszimmer, desgleichen der Anbringung von Zahnschälern in der Sparte. Da die Einwohnerzahl ein sehr reges Interesse an den Verhandlungen des Gemeinderates hat und die Zuhörer kaum Platz finden, dürfte es notwendig werden, bei wichtigen Sachen ein größeres Lokal zu den Verhandlungen zu nehmen.

Engelsdorf. Freibank: Freitag, den 16. Dezember, abends 1/2 8 Uhr, im Lindengarten öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Referat des Genossen Körner-Geisler über das Thema: Das als Kaufmann des Weltgeschehens. 2. Freie Kassenarbeit.

Deutscher Marktberg. Der vom Kultusministerium fertigestellte Entwurf des Schulgesetzes wird in nächster Zeit die Volkstammer beschäftigen. Er bringt wesentliche Veränderungen in den Rechtsverhältnissen der einzelnen Gemeinde zu seinem Schutze, auch an die finanziellen Leistungen der Gemeinden sollen erhebliche Forderungen gestellt werden. Daher ist es nötig, daß in der breitesten Öffentlichkeit zu diesem Entwurf Stellung genommen wird, dem Eltern sowie Steuerzahler haben ein lebhaftes Interesse daran. Elternrat und Lehrerschaft veranstalten deshalb Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, in der Schule zu Dehsch eine Versammlung, in der Herr Lehrer Otto Hertel-Weipzig einen Vortrag über das Schulgesetz geben wird.

Wiederitzsch. Der Jugendpfleger der Amtshauptmannschaft, Anauer, wird am Donnerstag, dem 15. Dezember, im Neuen Gasthof über "Die Leibesübungen", ihre Notwendigkeit für Körper und Geist" sprechen. Der Vortrag wird durch Filmvorführungen (Zeitlupe) aus verschiedenen Gebieten des Sports und Turnens ergänzt und beginnt für Kinder um 5 Uhr, für Erwachsene um 7 Uhr. Die Wichtigkeit der Leibesübungen, besonders für unsere Industriearbeiter- und Angestelltenbevölkerung, sollte jeden zum Bewußtsein des Vortrages veranlassen.

Wölitz-Chrenberg. Vom 14. bis mit 18. Dezember findet eine Ausstellung proletarischer Bücher in Schloß Wölitz statt. Täglich geöffnet von 5 Uhr an. Besondere Genossen! Verschafft euch alle einen Überblick über die proletarische Literatur.

Sachsen. In der am 6. Dezember abgehaltenen Kartellung wurde zunächst Kenntnis genommen von einem Schreiben des Verbandes der Gastwirtegehilfen. Da ein Vertreter der Organisation nicht anwesend war, wurde diese Angelegenheit an die betreffende Organisation zurückverwiesen. Beschlüsse wurden, sofort eine Weihnachtsfeier für die Märzopfer zu veranstalten, um den noch zu Unterstützen wie auch Inhabitieren eine Weihnachtsfeier zu bereiten. Mit der Herwendung der gesammelten Gelder wurden drei Genossen betraut. Die bisher bestandenen Kartellstatuten sind einer Revision unterzogen worden und sollen den neuen Delegierten im Neubund ausgehändigt werden. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß im kommenden Jahre die Bauarbeiter und Fabrikarbeiter im Kartell nicht vertreten sein werden, was zu einer regen Aussprache Anlaß gab. Genosse Pöschel führte aus, daß durch derartige Maßnahmen nicht nur das Kartell finanziell geschädigt würde, sondern wiederum eine Zerplitterung der Arbeiterschaft bedeute, was für die Herstellung der Einheitsfront nicht von Nutzen sei. Einzelne Gewerkschaften müssen immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sie ihre Beiträge pünktlich abführen. Zum Schluß wurde noch der schlechte Verlauf der Verhandlungen des Bildungsausschusses scharf kritisiert und gleichfalls auf den am 18. Dezember im Ratstafel stattfindenden Kartellabend hingewiesen.

Sächsische Angelegenheiten.

Reaktionäre Wünsche in Sachsen.

Sie wollen Landtagswahlen. Die bürgerlichen Parteien in Sachsen sehen ihre Wählbarkeit gegen die sozialistische Mehrheit und die Regierung fort. Ihr Ziel ist ganz augenfällig darauf gerichtet, nach vor der Beratung der Gemeindeform in Sachsen die sogenannte "große Koalition" zu

Handzuführen, um zu verhindern, daß die Gemeindeform von der sozialistischen Mehrheit verabschiedet wird. Sie probieren das alte, bisher immer wirkungslos gebliebene Rezept von neuem, die Rechtssozialisten mit dem "unabhängigen Einfluß" und der "kommunistischen Gnade" zu schrecken. Daß es sich dabei um einen einheitlichen Plan handelt, beweisen verschiedene Vorgänge der letzten Tage.

Auf dem Parteivorstandstag Ostsaßens der Deutschen Volkspartei in Bauen bemerkte Landtagsabgeordneter Blücher, daß man in politischen Kreisen Dresden damit rechne, daß wir in den nächsten Monaten Landtagswahlen bekommen. Er rief, sich schon jetzt darauf vorzubereiten. Die Entwicklung der sozialistischen Regierung spielte sich immer deutlicher darin, daß die Unabhängigen völlig den Ton angeben. Auch in Sachsen müsse die große Koalition der Mitte kommen. Das könne erreicht werden, wenn jeder bürgerliche Wähler am Wahltage seine Pflicht erfüllt. Die letzten Stadtverordnetenwahlen hätten allerdings gezeigt, daß noch weite Kreise beiseite stünden, deren Gewissen müsse aber aufgerüttelt werden. Wenn die Volkstammer mit 65 Sozialisten gegen 31 bürgerliche eine bürgerlich-sozialistische Koalition eingeleite, so sei es absurd, heute bei dem für die Bürgerlichen viel günstigeren Verhältnis von 49:47 eine rein sozialistische Regierung vorzuschlagen zu wollen.

In ähnlicher Weise äußerte sich der Abgeordnete Dr. Dehne in einer Mitgliederversammlung der Deutschen demokratischen Partei in Dresden. Herr Dehne redete den Rechtssozialisten aus zu. Ihre Regierungsfähigkeit sei von den anderen Parteien anerkannt. Ihnen gelte der Kampf gar nicht. Die Verechtigung der sozialistischen Mehrheit werde auch nicht verlangt, um die Sozialdemokratie von der Regierung auszuschließen, sondern um sie von ihrer letzten Abhängigkeit von USP und Kommunisten zu befreien. Herr Dehne will sogar wissen, daß von zahlreichen der sogenannten Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie der seit der Bildung der reinsozialistischen Regierung eingeschlagene Kurs nicht gebilligt werde.

Woher Herr Dehne diese intime Kenntnis hat, wissen wir nicht. Vielleicht ist bei ihm auch bloß der Wunsch der Vater des Gedankens. Die parlamentarische Tätigkeit in den letzten Monaten dürfte auch denjenigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei, die früher ihre Koalitionstreue nicht so sehr zurückhalten konnten, bewiesen haben, daß der Gedanke einer Koalition mit dem Bürgerium in Sachsen geradezu absurd ist. Die Handlungen der bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag mit Einschluß der "Demokraten" sind eine fortlaufende Reihe von offenkundiger Demütigung gegen den Sozialismus. Die Partei, die es wagen würde, angesichts dieser Tatsache die Gemeinschaftsarbeit der sozialistischen Parteien unmöglich zu machen, würde zweifellos von der sächsischen Arbeiterschaft die gebührende Antwort erhalten. Diesen politischen Selbstmord wird jede Partei verhindern. Und deshalb werden die Wünsche der Blücher und Dehne auch diesmal fruchtlos bleiben. Aber es ist immerhin gut, daß die Arbeiterschaft von Zeit zu Zeit daran erinnert wird, daß die Reaktion unabhängig auf der Lauer liegt, und wie notwendig es ist, der sozialen bürgerlichen Opposition eine geschlossene proletarische Front entgegenzusetzen.

Der blamierte Herr Steigner.

Die journalistischen Spürnasen der bürgerlichen Presse, die die sozialistischen Minister in jede Versammlung verfolgen, wo diese sprechen, um aus den Ministerreden irgend etwas herauszulauben, was zur Hege gegen die sozialistischen Minister Verwendung finden kann, hatten es in letzter Zeit besonders auf den Kultusminister Fleischer abgesehen. Eine seiner Redebeiträge glaubte der frühere Staatsanwalt Steigner, jezt wohlbestallter Beamter des Leipziger Polizeiamts, zur Eröffnung eines "Ermittlungsverfahrens" gegen den Genossen Fleischer zwecks Erhebung der Anklage benutzen zu können. Inbezug sollte diese Tatsache die bürgerliche Presse ihren Lesern mit, aber die Hoffnungen der bürgerlichen Hegepresse, den unabhängigen Minister vor die Schranken des Gerichts zu setzen, waren vergeblich. Vor einigen Tagen hat Genosse Fleischer eine Zustellung vom Gericht erhalten, nach der das Ermittlungsverfahren gegen den Herrn Kultusminister, Fleischer wegen Vergehens nach § 110 des Strafgesetzbuchs zu Folge Anweisung des Herrn Generalstaatsanwalts vom September eingestellt worden ist. Damit ist das selbsterregte und unsinnige Anklagegebäude des dienstbefähigten Staatsanwalts zusammengebrochen. Hebrig bleibt nur die Blamage des Herrn Staatsanwalts a. D. Steigner und der Reinfall der bürgerlichen Presse.

Sächsische Stinnespartei zur Reichs- und Landespolitik.

Die Deutsche Volkspartei Ostsaßens beschäftigte sich auf ihrem Parteitag in Bauen mit der Reichs- und Landespolitik. In einer Entschließung zur Reichspolitik sprachen die parlamentarischen Stinnespartei den Bericht und aufgeschickelten Plänen der Herren Dr. Stresemann, Dr. Helme und Dr. Eberling ihre Zustimmung aus. Zur Frage der Regierungsabteilung im Reich wird in der Entschließung gesagt: "Vornehmlich erhoffen sie (die Parteitagdelegierten) von der praktischen Arbeit der Reichstagsfraktion als erstes Ziel die Erhaltung der Regierungsbasis unter Wahrung der Grundzüge der Deutschen Volkspartei im Interesse des bedrohten Volksganges im bedrohten Vaterlande."

Die Volkspartei Ostsaßens erwartet also, vielleicht nicht mit Unrecht, daß einige der Herren bald die Ministerstellen im Reich übernehmen können. Wenig Hoffnung auf ihre Regierungsfähigkeit haben sie in Sachsen, was aus folgender Entschließung ersichtlich ist. "Der Wahlkreisverband Ostsaßens erhebt durch seinen Vertretertag einstimmig Widerspruch gegen die mehr und mehr von der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten dominierte sächsische Regierungspolitik, die zu den Anschauungen der überwältigenden Mehrheit des sächsischen Volkes im schärfsten Gegensatz steht. Er bittet die Fraktion der Deutschen Volkspartei vieler Entschiedenheit den Dingen den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Der Wahlkreisverband spricht vor bisherigen Tätigkeit seiner Abgeordneten die vollste Zustimmung aus." Auch der "entschiedenste Widerstand" der Stinnespartei wird von der sächsischen Arbeiterschaft gebrochen werden.

Neue Gesetzentwürfe.

Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1921 beschlossen, dem Landtag folgende Gesetzentwürfe vorzulegen: 1. den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung neuer Feiertage, 2. den Entwurf eines Gesetzes über die Gemeinschaftserziehung an den Seminaren, 3. den Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Verlängerung der Wahlauer der Mitglieder des Landeskulturrates und des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturrate.

Weitere Wahlergebnisse.

Auerbach (Ergebirge). Wahlergebnis: Hausbesitzer 129, Wismars 205, Deutschnationale 212, SPD. 115, USPD. 501 Stimmen. Die USPD. beteiligte sich zum erstenmal mit eigener Liste an der Wahl. Glauchau. Bei nur 67 Proz. Wahlbeteiligung erhielten die Mehrheitssozialisten 12, die Kommunisten 2, die Unabhängigen 4, die bürgerliche Einheitsliste 11, die Angefallenen 1 und die 6-er-anten 2 Sitze. Bisher standen den 14 Sozialisten 16 bürgerliche gegenüber.

Oberlungwitz. Bei 70 Proz. Wahlbeteiligung wurden 6 (19 Sozialisten, 7 (9) Kommunisten, 2 (5) Demokraten, 5 (1) rechtsstehende bzw. bürgerliche Kandidaten gewählt.

Lugau. Unter Beteiligung von 88 Proz. der Wahlberechtigten wurden 2638 sozialdemokratische, 418 kommunistische und 1726 bürgerliche Stimmen abgegeben. Bisher war das Verhältnis 7:11.

Stollberg. Gewählt wurden 7 (5) Bürgerliche und 13 (11) Sozialisten.

Mittelsachsen. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden 9 bürgerliche, 8 sozialdemokratische, 2 unabhängige und 2 kommunistische Vertreter gewählt. Bisher standen 7 bürgerliche 14 sozialistischen Vertretern gegenüber, 90 Proz. der Stimmberechtigten haben gewählt.

Hermendorf. Gewählt wurden 3 (4) Bürgerliche, 3 (5) Sozialisten und 3 (9) Kommunisten.

Ursprung. Gewählt wurden wie bisher 6 Sozialdemokraten und 3 Bürgerliche.

Erzgeb. Gewählt wurden 4 (8) Bürgerliche und 5 (8) Sozialdemokraten.

Gerstorf (Bez. Chemnitz). Abgegeben wurden für die Mehrheitssozialisten 1707, für die Bürgerlichen 148, für die Kommunisten 807 und für die Unabhängigen 158 Stimmen. Nach den vorläufigen Ergebnissen erhalten die Sozialdemokraten 10, die Bürgerlichen 4 und die Kommunisten 4 Sitze. Bisher 5 Bürgerliche, 13 Sozialdemokraten.

Wilschdorf. Gewählt wurden 6 (6) Bürgerliche, 4 (6) Sozialdemokraten, 2 (9) Kommunisten.

Reubitz b. Werdau. Wirtschaftspolitische Einheitsliste 839, Sozialdemokraten 498, Unabhängige 614, Kommunisten 472.

Steinpleis. Bürgerliche 401, Sozialdemokraten 380, Unabhängige 604, Kommunisten 453 Stimmen.

Deitzschau. Von 321 Wahlberechtigten übten 270 ihr Wahlrecht aus. Daron erhielten die USP. 126, Bauernliste 76 und bürgerliche Wismarschleife 88 Stimmen. Sitze erhielten USP. 6, Bauern 3, Wismarschleife 2.

Jannich. USP. 122 Stimmen = 3 Mandate (vorher 3), Wirtschaftspolitische 113 Stimmen = 3 Mandate (vorher 3).

Kreditverleihung für die sächsischen Gemeinden.

Die sächsische Regierung hat den Gemeinden die Kreditbeschaffung zur Zahlung der erhöhten Beamtgehälter durch folgende Verfügung des Ministeriums des Innern erleichtert: Nachdem das Reich dem Lande einen Betrag zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden überwiesen hat, die nicht imstande sind, die ihnen aus der Neuregelung der Beamtgehälter erwachsenden Mehrkosten selbst zu tragen, wird angeordnet, daß bis auf weiteres von der Aufsichtsbekanntmachung der Gemeinden beim Finanzministerium vorgetragen werden ohne Rücksicht auf den Nachweis, daß die Gemeinden nicht imstande sind, den Betrag im Wege des Credits aufzubringen.

Ins Ministerium berufen.

Der Amtshauptmann von Dresden-Neustadt, Dr. De m p r., der der SPD. angehört, wird am 15. Dezember als Ministerialrat in das Ministerium des Innern eintrreten.

Dresden. Einer Berliner Korrespondenz zufolge sind auf Grund der Feststellungen der Berliner Polizei in Dresden zwei Männer im Alter von 28 bzw. 21 Jahren verhaftet worden, die den Mord an dem großen Kaufmann Alvanbey in der Wielandstraße in Charlottenburg verübt haben. Die Verhafteten legen ein Geständnis ab.

Wahlkreis. Der Wahlausschuß hat festgestellt, daß sich das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl zugunsten der bürgerlichen Einheitsliste verhält. Auf diese fallen 10 Sitze während die sozialdemokratischen Parteien nur 8 Sitze erhalten.



Verlangen Sie nur:

Amica
Landbutter

Mit feinsten Milch verbuttert.

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften sowie in sämtlichen Verkaufsstellen des

Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz und Umgegend.

General-Vertreter und Fabrikniederlage:
Richard Janke, Leipzig
Gohliser Str. 2 u. Fernruf 8256

Briefkasten der Redaktion.

Obwohl wir häufig betont haben, daß Anfragen brieflich beantwortet werden, gehen uns trotzdem fast täglich Schreiben zu, in denen wir ersucht werden, die Antwort im Briefe zu erteilen. Zu diesem Zweck wird Mißporto beigelegt. Wir werden von jetzt an nur noch im Briefkasten antworten und beigelegte Wertmarken der Postkasse überwelsen.

F. S. Der erste Brief ist nicht an uns gelangt. Ihre Frau hat Anspruch auf den Erlös, der beim Verkauf der Papiere erzielt wird, wenn sie auf Barzahlung drängt.

F. S. 1. Ihnen bleibt nach dem Gesetz nur der Betrag zum notwendigen Lebensunterhalt. Alles weitere kann Ihnen in diesem Falle gepfändet werden. Die Höhe des Betrags ist ge-

schätzt nicht festgestellt. 2. Auch darüber gibt es keinen bestimmten Satz, weil ja die Kosten der Lebenshaltung einer festen Veränderung unterworfen sind. 3. Das gilt auch für den Sohn. 4. Sie können in diesem Falle ausgewiesen werden. 5. Aus Deutschland. 6. Eingabe an das Ministerium. Das beste ist, Sie zahlen das, was Frau und Sohn zum Lebensunterhalt brauchen.

H. S. Es steht Ihnen das Beschwerderecht zu. Nächste Instanz ist der Rat der Stadt Leipzig, gegen dessen Entscheidungen Sie bei der Kreisbauhauptmannschaft Beschwerde führen können. 3 Mt. Parzellamt.

H. G. Schleißig. 1. Sie brauchen nicht auszuweichen. Auf den Tausch muß der Hauswirt eingehen. Kündigen Sie den Hausmannsposten und stellen Sie nach Ablauf der Kündigungsfrist Ihre Tätigkeit als Hausmann ein. Leute brauchen Sie dann nicht zu stellen. Ueber die weitere Verwendung der Wohnung muß das Mieteinigungsamt entscheiden, 2. Max Parzellasse.

M. N. 106. Unter Aufsicht ist in diesem Falle auch eine Krankenanstalt gemeint.

Verammlungskalender.

Dienstag, den 12. Dezember:
USPD, Köhnia, Goldner Stern 8 Uhr.
Metallarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.
Bauhilfsvereinsliga, Volkshaus 7 Uhr.
Parteilager, Gerberstraße 1 7 Uhr.
Mittwoch, den 13. Dezember:
USPD, Alt-Leipzig, Süden, Volkshaus 8 Uhr.
USPD, Deutsch, Vater Jahn 7 1/2 Uhr.
Textilarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.
Metallarbeiter-Vertrauensleute West, Zwei Linden 7 Uhr.
Sohnarbeiter-Betriebsräte usw., Volkshaus 7 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgehenden Inseraten ersichtlich.

Ämtliche Bekanntmachungen.

2500 Mark Belohnung!

Am 5. und 6. Dezember 1921 sind in hiesigen Lokalen durch Betrug die folgenden Gegenstände erlangt worden:
1 hellbrauner, zweifarbiger Sportpels mit Vollsummfur, Damstfutter und breit abgesetzten Verrindungen; 1 schwarzer Herrenpels, zweifarbige, mit dunklem (log. blauem) Blaufutter und Seabluminalat.

fragen: ein brauner Kamelharschal; 1 beifarbiges Herren-Haarflügel mit rotbraunem Band; 1 hellbrauner Schlüpfers aus feinem rauchem Jodid gemultertem Stoff mit Rieselgen den Ärmeln, einreihige, großen Hornknöpfen und mit Talchen aus gelbem Samt, mutmaßlich mit der Firmenbezeichnung Hollentamp Leipzig unter dem Densel; 1 dunkelgrüner, breitfrontiger Hut; 1 schwarzseid., dunkelrotgestreifter Schal mit Franzen; sowie 1 Paar braune, innen mit Velv gefütterte Glacehandschuhe mit Ärmel und Knöpfen.
Gesamtwert: 25000 Mk.

Als Täter kommt in Verdacht ein unbekannter, etwa 28 Jahre alter Mann, ungefähr 1,70 Meter groß, schlant mit rotem gekleistertem Haar und blickt gewöhnlich mit dunkelblauem Anzug.
Auf Wiedererlangung der Gegenstände werden von den Geldhabern 10% vom Werte des Wiedererlangenen als Belohnung ausgesetzt, deren Verteilung durch das Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgen soll.
Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens erbeten an Kr. R. XIV 8421/21.
Leipzig, den 10. Dezember 1921.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Brandis. Infolge Jahresabschluss bleibt die hiesige Sparkasse für Rückzahlungen vom 15. bis mit 31. Dezember geschlossen.
Brandis, am 12. Dezember 1921.
Die Städtische Sparkasse.

Sparkasse Gaußsich
Des Kontenabschlusses wegen vom 15.-31. Dezember 1921 geschlossen.

Große Leipziger Straßenbahn.
Die für den Bezug von Wochenkarten für Nachtarbeiter erforderlichen Vordrucke können vom 18. Dezember 1921, mittags 1 Uhr, an in den bekannten Verkaufsstellen entnommen werden.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig
U. S. P. D.

Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7/8 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Restaurant Stadt Bügen, Lindenau, Bühner Straße 85.
Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zum Parteitag.
(Referent: Redakteur Genosse Heinrich Fleißner.)
- 2. Aussprache.
- 3. Stellungnahme zur Beitragserhöhung.

Zahlreichen Besuch erwartet.
NB. Vertreterkarten zur Generalversammlung werden in der Versammlung ausgegeben.
Ausgabe frischer:
Sülzenwurst Pfund Mk. 10.00
Knoblauchwurst (zum Kochen) Pfund Mk. 12.00
Flößplatz 5, Max Werner, G. m. b. H.

Genossenschaft
Weihnachts-Sonder-Angebot
in Biochmalz, Pfund 25.90
Margarine Pfund von 25.00 an
Süd, Löwengeweiß Pfund 25.00
Kaffee Rippensieger Pfund 25.00
Kolonialwaren wie bekannt billiger.
Schönefeld, Paul-Denke-Straße 30
Kleinshofener, Wigaubstraße 48
Neustadt, Gde. Wilsmanns u. Neustädter Straße

Passendes Weihnachtsgeschenk!
Große Auswahl in
billigen Winter-Mänteln.
Beckerts Trauerwarengeschäft
Neumarkt, Ecke Peterskirchhof.

Zigaretten
Gold- und ohne Mundstüch 15 Pfennige
noch zum alten Preise von 10 an.
Zigaretten-Spezialhaus, Büchergäßchen, 11

ZIGARETTEN
230 pro 1000. Gold-, Kork- u. ohne
Mundstüch. Sortiert, goldgelber
Tabak, liefert prompt
Zigaretten-Größhandlung
Neumarkt 12 und Katharinenstrasse 17

Refer der Volkszeitung
besieht Euch bei Einkäufen auf
die Interate in Eurer Zeitung.
Rucksäcke
Beste Lederriemen
Karl Blaich Windmühlenstr. 32
Tauchaer Str. 16.

Jhr Weihnachtsgebäck wird vorzüglich mit
Dr. Oetker's
Milch-Eiweiß-Tuber
mit Triebzusatz
Nährhaft u. gebrauchsfertig wie
2-3 Eiweiß
für Pfannkuchen,
Klöße, Kuchen,
Torten.
Man vorläufig Rezeptbuch
in den Geschäften oder von
Dr. A. Oetker's Bäckerei

Prakt. Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer
niedergelassen.

Dr. med. Joseph Nissenfeld
L.-Reudnitz, Konstantinstr. 10, I.
Sprechstunden: 8-10, 3 1/2-5 1/2 Uhr. Fernsprecher 10210

Neue Haut
erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, durch die **echte Vater-Philipp-Schäufur** 4 1/2 Mk. vom Tutagen-Laboratorium, Dresden-Bismarck 142, Inhalt 1/2 Liter, Winterproben, Hautunreinigkeiten usw. ab. Lohnt anmutige junge Haut zum Vorhinein kommen. Verkaufsstelle **Prehms Flora-Dronerie u. Engel-Apotheko.**

Familien-Nachrichten

Nach längerem mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied am 12. Dezember vormittags unsere gute treuergebende Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester Schwägerin und Tante, Frau
Emilie verw. Kund geb. Richter
im Alter von 52 Jahren.
Wahr en, am 13. Dezember 1921.
In tiefem Schmerze zeigen dies hierdurch an
Gebrüder Kund.
Beerdigung Donnerstag, den 15. Dez. 1/4 Uhr, von der Halle des Bahner Friedhofes aus.

Statt Karten.
Hierdurch allen Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß meine liebe unvergeßliche Frau, unsere treuergebende Mutter, Frau
Johanna Engelmann geb. Giesler
heute morgen sanft entschlafen ist.
Wahr en, den 13. Dezember 1921.
In stiller Trauer
Ernst Engelmann und Kinder.
Dem Wunsch unserer lieben Verwandten folgend werden Kranzsenden dankend abgelehnt.

Am gestrigen Sonntag verschied nach langer Krankheit unser Bierfahrer,
Herr Hermann Stempner
in Leipzig-Lindenau.
Der Verstorbene war über 18 Jahre in unserem Betriebe tätig und hat sich immer als zuverlässiger treuer Mitarbeiter erwiesen. Wir werden seiner allzeit in Ehren gedenken.
L. Plagwitz, den 12. Dezember 1921.
Geschäftsleitung und Gesamt-Personal der Brauerei C. W. Naumann A.-G.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines guten Mannes, unseres lieben Vaters, Groß- und Schwiegervaters
Gustav Zwoch
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Pfarrer Sator für die trostreichen Worte am Grabe, der Schulfreund für erhebenden Gesang, der ehem. freiwilligen Feuerwehr und Gelangverein Männerchor zu Mockau, der Frau Dertel u. Uhlmann und seinen lieben Mitarbeitern für die schönen Blumenbinden und ebenbürtigen Beileid zur letzten Ruhestätte, hierdurch unseren aufrichtigsten Dank.
L. Mockau, 12. Dezember 1921.
Die Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten, den Personalen der Firmen Hoffmann & Schmidt, E. W. Leo Nachf. und der Abt. Aufbereitung der Firma Stör & Co., der Pragmatischen Abteilung des Sportvereins „Frohinn“, den Hausbewohnern von Lindenau-Güntherstr. 18a, Calviusstr. 19 und Kleinshofener, Klarastraße 17, sowie der Familie Herrmann Richter, sprechen wir für die herzliche Anteilnahme beim Heimgange unserer lieben guten
Frieda
hierdurch unseren tiefempfindlichen Dank aus.
Richard Eßer
im Namen aller übrigen Hinterbliebenen.

Für die wohlthuenden Beweise inniger Teilnahme beim Heimgange des Kleinrentmeisters
Otto Gaepler
sprechen wir allen, insbesondere Herrn Pfarrer Kunze für die trostreichen Worte, der Kleinrentnerinnung, sowie der Turnerschaft L.-S.-D. hiermit herzlichsten Dank aus.
L. Thonberg, 12. Dezember 1921.
Elwine Gaepler geb. Stehlich
im Namen aller Hinterbliebenen,
gleichzeitig der werten Kundin aus Kenntnis, daß ich die Kleinrenterei mit Bedauern auf meinen ferneren Wohlwollen bitte.

Metallarbeiter

Verband
Die Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, im Volkshaus Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Verhandlung wird durch den Vorsitzenden geleitet. Die Beschlüsse sind verbindlich. Die Verhandlung wird durch den Vorsitzenden geleitet. Die Beschlüsse sind verbindlich.

Elektromonteur. Freitag, den 16. Dez., abds. 7 Uhr, im Volkshaus Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Verhandlung wird durch den Vorsitzenden geleitet. Die Beschlüsse sind verbindlich.

Lehrlinge, Zentrum-Süd. Freitag, den 16. Dez., abends 7 Uhr, im Volkshaus (Mittelsaal) Versammlung.

Zahnersatz in Gold u. Kautschuk
Reparaturen und Umarbeitung. — Solide Preise.
Walter Kanitz, Kronprinzstr. 76.

Aufruf!
Männer und Frauen Leipzigs u. Umgebung!
Jetzt ist es Zeit, Ihre alten künstlichen
Zähne u. Gebisse
gut zu verwerten. Kaufe selbige tägl. v. 9-6 Uhr.
G. Jentsch Nachf., Goldwarenfabrik
Katharinenstr. 2, Hof rechts — Tel. 16048
(im Hause „Taberna“).

Licht-UT-Spiele
Nur noch heute und morgen.
Persönliches Auftreten
Bernd Aldor
in
Die Furcht vor dem Weibe
bei jeder Vorstellung.
Telef. 3187
Wochentags: 4, 6, 15
8.30 Uhr. Durchgang
Hainstr. 19. Rebeckbräu
Am Herzen der Stadt.

„Frühzeit“.

Eine Proletenautobiographie.

Von Dofar Maria Graf.

(Schluß).

Nachdruck verboten.

44)

Alle waren Gottesräuber! Allen lauerte der Teufel auf. Alle...

Es war 1917. Ich war wieder in der Stadt. Wieder tann das Leben. Nichts hatte sich verändert. Alles...

Als Handwerksbursche wanderte ich einmal durch die Dünen am Meer. Nacht war es. Blüßlich fing's zu regnen an, zu donnern...

Das Ende brach zusammen hinter mir. Anfang hat morgenfrisch die Tore aufgetan. Der Boden unter meinen Füßen klingelt...

und schreiten weiter, Mann für Mann. Denn jenes Ewige, das Gott so züchtigt, weil er es unendlich liebt...

Der neue Brockhaus.

Handbuch des Wissens in vier Bänden.

Ueber die Schwierigkeiten, die der Neuherausgabe von umfangreichen Enzyklopädiën entgegenstehen, ist jüngst bei der Besprechung...

Der Verlag Brockhaus hat in dieser Lage einen Ausweg gewählt. Er verzichtet zunächst auf die Neuherausgabe seines großen 17bändigen Lexikons.

Eine Prüfung des ersten Bandes ergibt, daß dieses Handbuch dem Ziel, in gedrängelter Form das Wichtigste und Wesentlichste des heutigen Wissens zusammenzufassen, in der gebotenen Beschränkung nahe gekommen ist.

Herstellung des Glases in grauer Porzellan bis zur jüngsten Erfindung der Medizin, dem Steinachschen Verjüngungsverfahren...

Kleine Chronik.

Kleines Theater (Einakterabend: Vom Tode — Friedrieh und Anna — Tod und Teufel). Das mittlere der drei Stücke hat E. J. bereits in seiner Besprechung der Morgenfeier charakterisiert.

Schauspielhaus. Das Weihnachtsmärchen Leipzigs für dieses Jahr heißt Das neugierige Sternlein. Anna Belche-Kuhn hat es geschrieben und Fritz Wjehweg hat es gefunden.

Städtische Theater. Heute abend 7 Uhr gelangt im neuen Theater Dumberbinds Märchenoper Hänsel und Gretel und vorher Die Puppenfee zur Aufführung.

Eingelauene Schriften.

Dr. Herbert Kühner, Entwicklungsgeschichte der Wirtschaft in Thüringen. Ein volkswirtschaftlich-soziallogischer Ueberblick. Verlag Volkswirtschaft G. m. b. H., Jena. Preis 9 Mk.

Neues Theater.

(Nachdruck verboten.)
Dienstag, den 13. Dezember 1921
Die Puppenfee.
Zangenspannung in einem Akt von G. Schreier und G. Goul.

Säule und Gestel.

Märchenpiel in drei Akten von Heidebel Weiss.
Mittwoch, den 14. Dezember: Vorstellung für den Wirtschaftsbereich.

Altes Theater.

(Nachdruck verboten.)
Dienstag, den 13. Dezember 1921
Rabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Leipziger Puppenspiele
Mittwoch, den 14. Dezember
Schneeflocken, Weihnachtsmärchen.

Krystall-Palast Theater

Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der grosse vorzügliche
Dezember-Varieté-Spielplan.

Battenberg

Varieté, Anfang 8 Uhr
Das Kolossal-Varieté-Programm!
Das Zersägen einer Frau in zwei Teile auf offener Bühne

Weisse Wand

Auf vielseitigen Wunsch nur bis Donnerstag!
Ab 4 Uhr für Erwachsene
Der kolossal große Sittenfilm
„Das Mädchen aus der Ackerstrasse“

Film-Palast

Nur 3 Tage bis Donnerstag!
Der Silberkönig
III. Teil
Ferner: Radium-Geheimnis (II. Teil)

Trojanhs Schützenhaus Eisenbahnstraße 129
Heute ab 8 Uhr Junghähnel-Sänger-Konzert

Neuer Gasthof Gohlis.
Heute ab 7 1/2 Uhr: Großer Elite-Ball

GH Gesellschaftshaus Schönefeld.
Mittwoch: Großer Ball.

LINDENAUER LICHTSPIELHAUS
Heute der grosse Sonder-Spielplan
3 Erstaufführungen für Lindenau!

Balast-Theater, L.-Gohlis
Herrn Arnes Schatz
Korbische Liebestragödie in 5 Akten.

LICHT-SCHAUSPIELHAUS
Von Dienstag, den 13., bis Donnerstag, den 15. Dez.
Der gewaltige Richard-Eichberg-Monumental-Sitten-Film

Lichtspiele Albert-Halle
Nur noch einige Tage
Harry Piel
Der König der Sensationen in Der Fürst der Berge

Neues Operellen-Theater.
Dienstag, den 13. Dezember 1921
Die italienischen Nibelungen.

Leipziger Schauspielhaus.
Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr
Die es auch gefällt.

Kleines Theater.
Dienstag, den 13. Dezember: Gefährten.

Drei Linden
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Dempsey-Carpentier
Die einzige autorisierte Aufnahme des Kampfes sowie

Apollo-Varieté
Einen noch nie dagewesenen Erfolg bedeutet der
Dezember-Spielplan!

Literarisches Kabarett
in der
Pfaffenfurter Straße 4 (am Alten Theater).

Kaiserpark
Gohlis Neue Bewirtschaftung Linie 6
Morgen Ball.

Geldlotterie
Ziehung 15., 16., 17. Dezember
Hauptvertrieb: Ad. Müller & Co. Leipzig, Brühl 10/12

Südl. Schweiz-Gelbloße
4.4. Worte und Räte 1.40.-
Martin Kaufmann

Passende Weihnachts-Geschenke
Geschäftsleute
Schreib-Kassen
Gold-Kassetten

Das Theater ist gut geheizt.
Beginn wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Arbeitsmarkt

Druckmaschinenfabrik sucht zum möglichst sofortigen Eintritt tüchtigen Monteur für die Abteilung Tiegeldruckmaschinenbau...

Erfahrener, älterer Schneidemüller für Vollgatter (Fabrik Kirchner) per sofort gesucht.

Stelle Ostern 1922 zwei Lithographen-Lehrlinge und einen Steindruckler-Lehrling

Stelle Ostern 1922 einen Buchdruckerlehrling Sohn achtbarer Eltern, ein.

Zwei perfekte Maschinenschreiberinnen und eine Lagerarbeiterin zu baldigem Eintritt gesucht

Mehrere tüchtige Werkzeugschlosser Schreiner, Bohrer Hobler, Klempner und Einrichter für Revolverbänke

Fafnirwerke, A. G. Aachener Stahlwarenfabrik.

Geübte Arbeiterin für Dachhaare auf Zupfen gesucht.

Heimarbeiterinnen welche perfekt i. Kleben von gefüllter Flachbeutel sind, bei gut. Löhnen lof. gesucht.

Wickler welche gute Kenntnisse in Gleich- und Drehstrom-Stabwicklungen und Schaltungen durch langjährige Praxis besitzen...

Habe neu und getragen Anzüge von 180.- Mark an

Hosen auffallend billig Ulster von 250.- Mark an

Kanner Eisenbahnstraße 5. Habe keine Füllungen. Sonntags geöffnet!

Damen-Mäntel ganz modern, wenig getragen oder neu, Kostüme, Rücke, Militär- und Streifhosen

Schlüpfer Ulster v. 225 Mk. an Anzüge Militär-Joppen Militär-Hosen billig bei Wadewitz

Anzüge Ulster, Bohljoppe Winterjoppen Manchoisier-Anzüge Arbeitshosen verkauft noch billig Barth

Hemden für Herren 25.- für Damen 30.- Barquent-Bettuch 32.- Küchenhandtuch 5.-

Wer Rat und Hilfe sucht in Alimenten-, Ehe-, Forderungs-, Straf- oder sonstigen Rechtsachen...

Schlafzimmer neuen gebrauchte Bettstellen mit Matratzen v. 300.- an...

Platin-Waren Zahngelbte Gold-Barron Bruch Kotton Uhren Silber-Barron Bruch Bestocke

Schallplatten abnehmbare, gerührte, 10. bis 30. cm. Durchmesser

Gebr. Akkordzither mit Noten zu kaufen gesucht Lind. Geraer Str. 23. pt. r.

Bandwurm mit Kopf kauft Paul Ruth, Südostentstraße 26.

Alt-Metall Alt-Papier Lumpen Flaschen kauft (auch von Hausierern) Schönherr

Achtung! Marder, Misse, Füchse, Otter, Biesel, Dänen, Kagen, Rehe, Stricke, Kanin, Biegen u. alle and. Sorten Felle kauft

Kanin-Felle kauft M. Ritzschke, Reichsstr. 30/32. Tel. 8115.

Felle aller Art kauft J. Berge, Brühl 8, 5. Et. Ankerstr. 51. U.

Kanin, Biegen, Hasen, Füchse, Marder und alle anderen rohen Felle kauft ständig

Julius Finn, Leipzig Brühl 25, pt. Tel. 12825 Felle kauft Rosenzweig

Kanin und alle Felle kauft jederszeit Kaninhandelsgeellschaft

Felle. Lassen Sie sich nicht durch Zahlen irreführen. Sämtliche Rohfelle kaufen ständig J. & G. Feldmann

Wohnungen Fräulein sucht mbl. 3imm. möbl. Störteck. Off. u. R. 48 a. Fil. Störteck

Zinjerate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition zu adressieren

Qualitätssocken

- Wollgemischte, kräft. gestrickte Socken, dunkelmeliert . . . 5.35 Reine Wolle, Ersatz für Handgestrickt, graumeliert . . . 11.75



Strumpf-Eulitz

Spotbillig! Getragene und neue Ulster Schlüpfer Anzüge Hosen

Kanner Eisenbahnstr. 5. Habe keine Füllungen. Sonntags geöffnet!

Bett- u. Leibwäsche Gardinen zu allen Preisen. Größte Auswahl am Plabe.

Ausschneiden Anzüge Paletots, Schlüpfer Cutaway, Gehrock

Geschenkt fast sind meine wenig getragenen und neuen Anzüge Schlüpfer Ulster

Militär-Hosen 120 Mk. Bibliotheken 90 Mk. Manufaktur-Hosen, gekreuzte Hosen, Eisenbahner-Hosen

Was besonders Gelegenheitsstücke Kleiderstoff-Kette, Damen- u. Herrenhemden

Pelzwaren-Verkauf! preiswert. Querstr. 30, III. Halt! Wo? Die billig. Plauer Gardinen

Gold-Bruch Ketten Uhren Ringe Silber-Bruch Bestocke Eluis

Gold-Silber Platin, Uhren Ketten, Ringe Lohhausschmelze kauft

Max Israel, Uhrm. Promenadenstr. 5, Ld. Am Fleischerplatz.

Wohnungen Fräulein sucht mbl. 3imm. möbl. Störteck. Off. u. R. 48 a. Fil. Störteck

Wohnungen Fräulein sucht mbl. 3imm. möbl. Störteck. Off. u. R. 48 a. Fil. Störteck